



## Streik im „Todesbergwerk“

### Die Streikbewegung im Grünbacher Steinkohlebergwerk 1932/33

MANFRED MUGRAUER

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise orientierte die Kommunistische Partei Österreichs auf sozialökonomische Massenkämpfe als Schwerpunkt ihrer Politik. Zuvor war sie, vor allem infolge der ultralinken Wendung der Kommunistischen Internationale, in die völlige Isolation geraten, ihr politischer Einfluss erreichte 1928/29 ebenso wie der Mitgliederstand der Partei einen Tiefpunkt. Im wirtschaftspolitischen Tageskampf gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise – in Lohnkämpfen, Streiks und Arbeitslosenaktionen gegen Aussteuerungen und Unterstützungskürzungen – gelang es der Partei in den Jahren 1931 bis 1933, schrittweise aus der Isolation auszubrechen und eine Phase der Aufwärtsentwicklung einzuleiten. Im Zuge ihrer 1931 beschlossenen „Wendung zur Massenarbeit“<sup>1</sup> rückte die Vorbereitung, Organisierung und selbstständige Führung der Wirtschaftskämpfe im Betrieb und unter den Arbeitslosen ganz ins Zentrum ihrer Politik. Im Kampf gegen die Lohnabbau-Offensive der Unternehmer, gegen ihre Angriffe auf die Kollektivverträge und gewerkschaftlichen Rechte, gegen Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen, gegen Aussteuerungen und Arbeitsdienstpflicht, Kürzungen der Notstandsunterstützung und Verschlechterungen in der Sozialversicherung sollte die ArbeiterInnenklasse auf künftige Klassenkämpfe vorbereitet und ein revolutionärer Ausweg aus der Wirtschaftskrise geöffnet werden.

Das Schwergewicht der Partei wurde im Rahmen dieser Neuorientierung in die Betriebe verlagert. Organisatorische Plattform des Kampfes um die die Tagesinteressen der ArbeiterInnenklasse war die so genannte *Rote Gewerkschaftsopposition* (RGO). Ab 1931 gelang es KPÖ und RGO, in mittleren Betrieben in Streikaktionen gegen drohende Lohnsenkungen, Entlassungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen einzugreifen, z.B. in der Pottendorfer Spinnerei im Februar/März und in der

Wiener Juteindustrie im Mai 1931. Im Juli 1931 hatten KommunistInnen gar die Führung des Streiks bei der Firma *Neuman* in Marktll inne. 1932 spielten kommunistische GewerkschafterInnen beim der Streik der Wiener Seidenfärbereibetriebe von Ende Juli bis Dezember eine führende Rolle. Der bedeutendste Streik, an dessen Organisierung KPÖ und RGO in den Jahren der Weltwirtschaftskrise Anteil hatten, fand um die Jahreswende 1932/33 im Grünbacher Steinkohlebergwerk statt. Mehr als fünf Wochen lang, vom 30. November 1932 bis zum 6. Jänner 1933, standen die Bergarbeiter im Streik für eine Lohnerhöhung, erhöhte Sicherheitsmaßnahmen und Verbesserungen des Kollektivvertrages, womit die Bewegung von Beginn an den Charakter eines Offensivkampfes hatte.

#### „Probeangriff der Bourgeoisie“

Die KPÖ war in der niederösterreichischen Bergbaugemeinde Grünbach am Schneeberg traditionell gut verankert und seit 1921 auch im Gemeinderat mit Mandaten vertreten. Bereits im Jänner 1925 standen Kommunisten an der Spitze einer Streikbewegung, die einen Höhepunkt des Kampfes der KPÖ gegen die „Genfer Sanierung“ – gegen „Hungersanierung, Lohndruck und Teuerung“<sup>2</sup> – darstellte. Der Streik der Arbeiter des seit dem Ersten Weltkrieg zum Schoeller-Konzern gehörenden Steinkohlebergwerks<sup>3</sup> begann am 14. Jänner 1925 mit spontanen Arbeitsniederlegungen, nachdem deren Forderung nach einer 15-prozentigen Lohnerhöhung abgelehnt worden war und der als Scharfmacher berüchtigte Werksdirektor Robert Ott sich geweigert hatte, das Verhandlungsergebnis den Arbeitern selbst mitzuteilen. Ott, der „sich nicht den Anfehlungen des Pöbels aussetzen“ wollte – wie die Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen in Zusammenfassung der Ereignisse berichtete –, wurde darauf von einer aufgebrachtten Menge verprügelt, was zunächst die Aussper-

rung der 1.100 Arbeiter und am 16. Jänner die Entlassung der gesamten Belegschaft zur Folge hatte.<sup>4</sup> Die Behörden reagierten energisch: Begleitet von einem massiven Gendarmerieeinsatz wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, die *Rote Fahne*, das Zentralorgan der KPÖ, meldete, dass über Grünbach „der Belagerungszustand“ verhängt worden sei.<sup>5</sup> Die der KPÖ nahe stehende proletarische Unterstützungsorganisation *Rote Hilfe* organisierte Solidaritätsaktionen mit den Streikenden.

Nach Verhandlungen der Gewerkschaftskommission mit dem *Neunkirchner Industriellenverband* erklärte sich die Direktion zur Wiederaufnahme des Betriebes unter der Bedingung bereit, dass die Arbeiterschaft dem Abbau von 60 Arbeitern und vier Betriebsräten zustimme. Zuvor hatte sie die Entlassung von 236 Arbeitern, aller Verhafteten und von acht Betriebsräten verlangt.<sup>6</sup> Dieser von der *Roten Fahne* als „Diktat“ charakterisierte Kompromiss wurde am 28. Jänner nach zwei Wochen Streik und Aussperrung in einer Vollversammlung der Belegschaft mit 565 gegen 258 Stimmen bei zehn Stimmenthaltungen abgelehnt. Vor allem die kommunistischen Betriebsräte Franz Honner und Franz Loistl traten den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären entgegen und forderten die Kumpels zu einer Fortführung des Kampfes auf. Da jedoch die Geschlossenheit der Belegschaft nicht mehr gegeben war und die Gewerkschaft ihre Unterstützung verweigerte, empfahlen in dieser Situation auch die Kommunisten die Wiederaufnahme der Arbeit.<sup>7</sup> 60 Arbeiter und vier Betriebsräte – unter ihnen auch Honner – wurden entlassen, die Forderung nach einer Lohnerhöhung konnte nicht durchgesetzt werden. Die *Rote Fahne* betonte die gesamtösterreichische Bedeutung der Vorfälle und charakterisierte sie als „Probeangriff der Großbourgeoisie mit faschistischen Methoden“.<sup>8</sup>

Der allgemeine Niedergang der Partei nach 1927 kam in Grünbach sowohl auf



Bergarbeiterdemonstration in Grünbach im Jänner 1925. Vorne (von links): Franz Honner, Franz Loistl, Hans Schöpf, Fritz Lauscher (ZPA der KPÖ, Bildarchiv).

betrieblicher und kommunaler Ebene, als auch in organisatorischer Hinsicht zum Ausdruck: Bei den Betriebsratswahlen ging die Stimmen- und Mandatszahl der RGO in Jahren 1928 bis 1930 von 308 bzw. fünf auf 167 bzw. zwei zurück.<sup>9</sup> Von den vier im Jahr 1924 errungenen Gemeinderatsmandaten konnten 1929 nur zwei gehalten werden.<sup>10</sup> Die Mitgliederzahl der Grünbacher Parteigruppe sank von 139 im Jänner 1927 auf 29 im Jänner 1929.<sup>11</sup> Ab 1931 machte sich auch in Grünbach die Aufwärtsentwicklung der Partei bemerkbar: Bei den Betriebsratswahlen am 24. Juli 1931 erhielt die RGO 334 der 876 abgegebenen Stimmen und konnte sich gegenüber 1930 von zwei auf fünf Mandate steigern,<sup>12</sup> die auch im Folgejahr gehalten werden konnten: So standen bei den Wahlen am 13. August 1932 342 Stimmen für die RGO 543 für die sozialdemokratische Liste (acht Mandate) und 65 für die Nazi-Liste gegenüber (ein Mandat).<sup>13</sup>

### Vom Ultimatum zur Urabstimmung

Unmittelbarer Anlass des am 30. November 1932 im Grünbacher Kohlebergwerk ausgebrochenen Streiks war ein tödlicher Arbeitsunfall, der auf die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen und die Antreiberei der Direktion zurückzuführen war. Allein im Ostfeld, wo insgesamt 500 Arbeiter beschäftigt waren, ereigneten sich im Jahr 1932 501 Unfälle. Aufgrund der Arbeitshetze waren 1932 insgesamt sieben Todesopfer zu beklagen,

der Betrieb wurde zum „Todesbergwerk“. Die *Rote Fahne* rechnete vor, dass im Zuge der Rationalisierung in den Jahren 1923 bis 1931 die Belegschaft im Steinkohlebergbau um ca. 40 Prozent zurückgegangen, die Leistung der Arbeiter und die Jahresförderung jedoch um 45 Prozent gestiegen waren. In Grünbach soll die Kohleproduktion gar um 150 Prozent gesteigert worden sein, während die Zahl der Bergarbeiter von 1.600 auf 1.060 reduziert worden war. Trotz guter Konjunktur und günstiger Auftragslage waren die Löhne in den beiden Vorjahren um bis zu 30 Prozent gesenkt worden.<sup>14</sup> „Aus dem Blut und den Knochen der Bergarbeiter haben Schöllner und Ott die Dividenden für die Herren des Betriebes herausgeschunden“, prangerte die Streikzeitung der RGO das Antreiber- und Ausbeutertum in Grünbach an.<sup>15</sup> Gleichermaßen für Erregung sorgte die bewusste Durchbrechung des Kollektivvertrages durch die Direktion: So nahm Direktor Ott, der sich selbst gerne als „der Gott von Grünbach“ bezeichnete,<sup>16</sup> nur solche Arbeiter auf, die auf den kollektivvertraglichen Grundlohn verzichteten. Da der Kollektivvertrag vorsah, dass Verheiratete eine Hausstandszulage zu erhalten haben, wurden verheiratete Arbeitssuchende abgewiesen bzw. indirekt gezwungen, sich als ledig auszugeben. Neuaufgenommenen verheirateten Arbeitern wurde die kollektivvertraglich festgesetzte Deputatkohle verweigert.<sup>17</sup>

Vor dem Hintergrund dieser prekären Lohn- und Sicherheitsverhältnisse kün-

digte die Belegschaft im Oktober 1932 auf Initiative der RGO den Kollektivvertrag und forderte als Ausgleich für die Lohnsenkungen der Vorjahre eine zehnpromzentige Lohnerhöhung.<sup>18</sup> Verhandlungen über diese Forderung wurden seitens der Direktion wochenlang verschleppt.<sup>19</sup> Sie kamen erst zustande, nachdem auf Druck der RGO-Gruppe und der RGO-Betriebsräte von der sozialdemokratischen Betriebsratsmehrheit eine Betriebsvollversammlung für den 13. November einberufen worden war, in der ultimativ die sofortige Festsetzung von Verhandlungen gefordert wurde.<sup>20</sup> Am 15. und 24. November erklärten jedoch die Vertreter des Werks gegenüber dem *Metall- und Bergarbeiterverband* im Beisein der Betriebsräte, dass eine Lohnerhöhung angesichts der weltweit herrschenden Krise unmöglich sei.<sup>21</sup> Die Forderungen wurden „schroff abgewiesen“, wie der *Neunkirchner Bezirksbote*, das sozialdemokratische Regionalblatt, über die Verhandlungen beim *Neunkirchner Industriellenverband* berichtete.<sup>22</sup> Die Unternehmer hätten sich geweigert, „über diese Forderungen auch nur zu verhandeln“, vermeldete die *Rote Fahne*.<sup>23</sup>

Nachdem in dieser Situation der Häuer Josef Haller am 25. November mit seinem Förderwagen in den Stapelschacht stürzte und nur mehr tot geborgen werden konnte,<sup>24</sup> wurde in einer von den RGO-Betriebsräten am selben Tag einberufenen Schachtversammlung einstimmig ein bis 27. November befristetes Ultimatum an die Direktion beschlossen, endlich die Lohnforderung zu erfüllen. Sollten bis dahin die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt werden, so sollte tags darauf, am Montag, der Streik beginnen.<sup>25</sup> Haller war am selben Tag unmittelbar vor seinem Unfall von einem Ingenieur für den Fall, dass er nicht mehr leisten würde, die Kündigung angedroht worden, was die Antreiberei im Betrieb deutlich machte. Als nach der ablehnenden Antwort des Unternehmens alle Zeichen auf Streik standen, startete der sozialdemokratische Zentralsekretär der Sektion Bergbau im *Metall- und Bergarbeiterverband* Franz Melkes eine Initiative, die auf eine Verhinderung des Streiks hinauslaufen sollte: In der Belegschaftsversammlung am Sonntag, den 27. November, in der nach Zurückweisung des Ultimatus durch das Unternehmen entscheidende Beschlüsse gefasst werden sollten, trat die RGO mit der Parole „Streik zur Durchsetzung der Forderungen!“ auf.<sup>26</sup> Damit sollte der zwei Tage zuvor gefasste Beschluss der Schacht-

versammlung bestätigt werden, im Fall einer negativen Antwort der Direktion den Streik zu proklamieren. Angesichts der entschlossenen Kampf Stimmung der Arbeiter argumentierte Melkes zunächst offen gegen einen Streikbeschluss, mit Hinweis auf die „schlechte Konjunkturlage“. Er erklärte, die Gewerkschaft könne keine Verantwortung übernehmen und im Falle eines Streiks nur die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unterstützen. Von den insgesamt knapp 1.050 Arbeitern waren 750 erschienen, weshalb Melkes mit Hinweis auf die fehlenden 300 Arbeiter für eine Verschiebung der Beschlussfassung und eine Urabstimmung am Dienstag, den 29. November, eintrat. Seine ebenso erhobene Forderung, dass der Streik nur mit einer Dreiviertelmehrheit beschlossen werden könne,<sup>27</sup> war ganz offensichtlich von der Überlegung geleitet, dass eine solche deutliche Mehrheit letztlich nicht zustande kommen werde. Bereits in der Phase der Verhandlungen mit dem Unternehmerverband hatte der Gewerkschaftsführer versucht, „die bei der Arbeiterschaft vorhandene Kampf Stimmung abzuwürgen“, und war im Rahmen einer Belegschaftsversammlung am 20. November mit Hinweis auf die bevorstehende nächste Verhandlungsrunde am 24. gegen einen Streik aufgetreten.<sup>28</sup> Die *Rote Fahne* warnte vor diesem Hintergrund vor weiteren „Bremsversuche(n) und Beschwichtigungsmanöver(n)“<sup>29</sup> der Gewerkschaftsfunktionäre. In der entscheidenden Belegschaftsversammlung am 27. November gelang es Melkes jedoch, nachdem 300 Arbeiter die Versammlung bereits verlassen hatten, seinen Antrag auf Durchführung einer Urabstimmung durchzusetzen. „Wiewohl sich diesem Vorschlag ursprünglich die Kommunisten widersetzen, schlossen auch sie sich ihm schließlich doch an“, berichtete die Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen an die Landesregierung.<sup>30</sup>

An der Urabstimmung am 29. November 1932 beteiligten sich 988 der 1.026 Arbeiter. 817 stimmten für den Streik und 166 dagegen,<sup>31</sup> womit sich – gegen den Willen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung – 82 Prozent der zur Abstimmung erschienenen Arbeiter für eine Niederlegung der Arbeit aussprachen und tatsächlich die von Melkes geforderte Dreiviertelmehrheit übertroffen wurde. „Lasst Euch nicht länger zurückhalten! Schlagt los! [...] Stimmt geschlossen bei der Urabstimmung für den Streik!“, hatte die RGO zuvor in einem Flugblatt gefordert,<sup>32</sup> während die

Belegschaft in einem Flugblatt der Vertrauensmänner und Betriebsräte der sozialdemokratischen *Freien Gewerkschaft* auf die „Eventualitäten“ aufmerksam gemacht wurde, „die aus diesem Kampf entstehen können“: „Wir warnen [...] die Kollegenschaft, auf eine von den Kommunisten betriebene Demagogie einzugehen und sich bei der [...] Urabstimmung nur von ihrer eigenen Vernunft und Durchhaltungsmöglichkeit leiten zu lassen!“, wurde darin gegen die kommunistische Streikparole Position bezogen.<sup>33</sup>

### Aussperrung und „Massenstreikposten“

Nach dem in der Urabstimmung gefassten Streikbeschluss standen am Montag der Förderschacht und die Hunte still. Kein einziger Arbeiter fuhr am Morgen des 30. November zur Frühschicht ein. Die Direktion antwortete auf den Streik mit der Aussperrung der Arbeiter. Die Schachtanlagen wurden von der Gendarmerie besetzt. Alle Arbeiter, die sich nicht zur Schicht meldeten, wurden für entlassen erklärt. „Die Belegschaft quittierte diese Kundmachung mit Gelächter“, berichtete die *Rote Fahne* über die geschlossene Streikfront.<sup>34</sup> Zugleich ließ die Direktion verlautbaren, dass am 3. Dezember die Auszahlung der ausstehenden Löhne stattfinden solle. Dabei seien auch die Grubenlampen abzugeben. Die 500 unverheirateten Bergmänner, die in den „Ledigenheimen“ des Werkes wohnten, hätten die Wäschesorten abzugeben, andernfalls würden ihnen zehn bzw. 15 Schilling abgezogen werden. Beabsichtigt war also die vollständige Entlassung und Abrechnung der Arbeiter. Nachdem die Bezirkshauptmannschaft vor diesem Hintergrund „ernste Unruhen“ befürchtete, ersuchte sie die Landesregierung um die Zuweisung weiterer 20 bis 25 Gendarmen. Um die Lage vor Ort unter Kontrolle zu behalten, genehmigte der Staatssekretär für Sicherheitswesen Emil Fey der Entsendung der Schulabteilung der Gendarmerie nach Grünbach, für den Fall größerer Unruhen wurde überdies die Zustimmung des Heeresministeriums zur Inanspruchnahme der Wiener Neustädter Garnison eingeholt.<sup>35</sup> Im weiteren Verlauf wurde Grünbach von insgesamt 120 Gendarmen besetzt.<sup>36</sup>

Als dann bei der Auszahlung am 3. Dezember der Abrechnung keine Entlassungsscheine beigefügt waren, wurde dies von der *Roten Fahne* „als ein Rückzug der Direktion“ gewertet. Vielmehr waren den Lohnkuverts ein Schreiben von Philipp Schoeller, dem Präsidenten

der *Grünbacher Steinkohlenwerke-A.G.* und geschäftsführenden Verwaltungsrat der *Schoeller-Bleckmann Stahlwerke A.G.*,<sup>37</sup> beigelegt, in dem er um ein rasches Ende des Streiks ersuchte. Wie von der Bezirkshauptmannschaft gefordert, wurden zu diesem Anlass Überfallsautos und die Schulmannschaft der Gendarmerie, ausgerüstet mit Stahlhelmen, aus Wien nach Grünbach dirigiert. Vor dem Hintergrund der Konzentration dieses „riesigen Gendarmerieaufgebots“<sup>38</sup> ging die Auszahlung ruhig vor sich, die Grubenlampen wurden „anstandslos abgeliefert“ bzw. die „hiefür festgesetzten Abzüge“ hingenommen.<sup>39</sup>

Die Direktion beabsichtigte, den Betrieb mit neu aufgenommenen Arbeitern aus der Steiermark und Zillingdorf weiterzuführen.<sup>40</sup> Die Anwerbung von Streikbrechern scheiterte jedoch an der solidarischen Haltung der Arbeitslosen. Eine von der RGO einberufene Versammlung der arbeitslosen Bergarbeiter von Zillingdorf, wo 1931 das Braunkohlewerk geschlossen und alle Arbeiter gekündigt worden waren,<sup>41</sup> protestierte gegen die Absicht der Industriellen Bezirkskommission Wiener Neustadt, Streikbrecher von Zillingdorf nach Grünbach zu vermitteln.<sup>42</sup> Als die Direktion am 5. Dezember verlautbarte, in der Werkkanzlei 200 Arbeiter aufzunehmen, erschien infolge der Solidarität der Arbeitslosen kein einziger Streikbrecher.<sup>43</sup> Es blieb zunächst bei „fünf ärmlichen Kreaturen“, die von Beginn an Streikbruch verübten.<sup>44</sup>

Als am 14. Dezember weitere Streikbrecher aufgenommen wurden, die unter Gendarmerieschutz im Schachtgebäude einquartiert wurden,<sup>45</sup> kam es abends zu heftigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern. Einige Streikbrecher wurden verprügelt, zwei mussten sogar in das Sanitätszimmer gebracht werden. Zwei Streikende wurden verhaftet, jedoch tags darauf wieder freigelassen. Die *Rote Fahne* berichtete, dass vier aus Breitenau angeworbenen Streikbrecher Grünbach darauf wieder verlassen und der Arbeiterschaft das Versprechen gegeben hätten, die Streikbrecherarbeit einzustellen.<sup>46</sup> Der revolutionären Streikleitung gelang es auch in weiterer Folge mit „Massenstreikposten“ die Bemühungen der Direktion, den Betrieb mit Streikbrechern weiterzuführen, zu vereiteln. Gleich zu Beginn der Streikbewegung wurde in einer Versammlung der Bergarbeiterfrauen ein Kampfkomitee gewählt, die sich ebenso für Streikpostendienste zur Verfügung stellten.<sup>47</sup> Als am 19. Dezember acht aus-

wärtige Arbeiter die Arbeit aufnehmen wollten, besetzten Streikposten die Zugangswege zum Schacht, worauf die Streikbrecher den Rückzug antreten mussten.<sup>48</sup> Die Grünbacher „haben die Streikbrecher aus dem Betrieb geholt, obwohl die Gendarmerie einen wahren Belagerungszustand über die Arbeiterkolonie verhängt hat. Jeden Tag stehen jetzt Massen-Streikposten auf den Zufahrtsstraßen, denen es auch gelingt, die paar Streikbrecher abzuhalten. Wenn einmal auf Umwegen doch ein paar zum Schacht geraten, so werden sie am nächsten Tag herausgeholt“, berichtete die kommunistische *Illustrierte Rote Woche*.<sup>49</sup> Jene sechs Streikbrecher, denen es gelang, dennoch in den Betrieb zu kommen, wurden in der *Roten Fahne* namentlich an den Pranger gestellt.<sup>50</sup> Am 24. Dezember wurden die Streikbrecher, die unter Gendarmeriebegleitung den Betrieb verließen, von den Streikenden mit Steinen beworfen, worauf die Gendarmerie mit Verhaftungen reagierte.<sup>51</sup> Zum Jahreswechsel arbeiteten unter starker Gendarmeriebedeckung 16 Streikbrecher im Betrieb, wobei es sich dabei ausschließlich um auswärtige angeworbene Arbeiter handelte,<sup>52</sup> die mit den hiesigen Beamten Erhaltungsarbeiten durchführten.

### Revolutionäre Streikleitung

Die zentrale Entwicklungsfrage der Grünbacher Streikbewegung war die Geschlossenheit der Belegschaft, der einheitliche Charakter ihrer Führung und damit im Zusammenhang die Politik der sozialdemokratisch geprägten Gewerkschaft. Insgesamt verfolgte die Gewerkschaftsführung in den Jahren der Weltwirtschaftskrise eine „kooperative Krisenstrategie“ und verlangte von den ArbeiterInnen „wirtschaftliche Mäßigung und politische Disziplin“.<sup>53</sup> Ihre Konsens- und Kapitulationspolitik war maßgeblich verantwortlich für die sinkende Widerstandskraft der ArbeiterInnenbewegung gegen den autoritären Kurs ihres „antimarxistischen“ Gegenübers aus Unternehmern und bürgerlichen Parteien. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ging in den Jahren der Weltwirtschaftskrise ebenso drastisch zurück wie die Anzahl der Streikkämpfe. Wurden 1929 noch ca. 200 Ausstände gezählt mit 23.800 Streikenden und 286.000 versäumten Arbeitstagen, so sank diese Zahl im Jahr 1930 auf 83 Streiks mit 6.170 Beteiligten. 1931 ging die Anzahl organisierter Arbeitsniederlegungen auf 56 zurück (8.500 Streikende), 1932 und 1933 zählte man nur noch 30 bzw. 23

Streiks mit 5.400 bzw. 5.000 TeilnehmerInnen.<sup>54</sup> Die kommunistische Agitation richtete sich demgemäß gegen die sozialdemokratische „Gewerkschaftsbürokratie“ und einzelne Betriebsräte, die versuchten, die Kampf Stimmung der Belegschaft zu bremsen, einen Verhandlungskompromiss zu erzielen bzw. bereits ausgebrochene Streiks mit Manövern abzuwürgen. Dies belegten die Erfahrungen aus den Streikkämpfen in Pottendorf und der Juteindustrie im Jahr 1931 und den Wiener Seidenfärbereien in der zweiten Jahreshälfte 1932 und sollte sich auch am Grünbacher Beispiel bestätigen.

Die Auseinandersetzungen zwischen den freigewerkschaftlichen Funktionären und der RGO kreisten in Grünbach zunächst vor allem um die Frage, wer die Führung des Streiks innehatte. Vorrangiges Ziel der Kommunisten war es, eine unter ihrem Einfluss stehende Streikleitung zu etablieren, von der die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre ausgeschlossen bleiben sollten. Insgesamt stand die Bildung revolutionärer Kampfleitungen als Organe der „Einheitsfront von unten“ im Mittelpunkt der seit 1929 verfolgten kommunistischen Streiktaktik. Sie sollten von den ArbeiterInnen in Vollversammlungen zur Vorbereitung bzw. selbstständigen Führung der sozialökonomischen Kämpfe gewählt werden, da „der reformistische Gewerkschaftsapparat und der übergroße Teil der Betriebsräte zu einem Hemmnis der Kämpfe der Arbeiter“ geworden seien.<sup>55</sup>

Zwar wurde aus den kommunistisch beeinflussten Streikkämpfen des Jahres 1931, u.a. aus dem Streik in der Pottendorfer Baumwollspinnerei und in der Wiener Juteindustrie, die Lehre gezogen, dass die Führung dieser von der RGO initiierten Kämpfe nur dann behauptet werden könne, wenn schon im Vorfeld rechtzeitig Kampfleitungen geschaffen werden würden. Dennoch wurde in Grünbach die frühzeitige Bildung eines Kampfausschusses, der bei Streikausbruch in eine Streikleitung umgewandelt hätte werden können, außer Acht gelassen, was zu einem späteren Zeitpunkt selbstkritisch reflektiert wurde.<sup>56</sup> So wurde zwar bereits im Oktober auf Initiative der RGO die Kündigung des Kollektivvertrages beschlossen, die in diesem Zuge erhobenen Lohnforderungen wurden von der RGO vorgeschlagen. Die entscheidenden Belegschaftsversammlungen wurden von den kommunistischen Gewerkschaftern einberufen, die auf die Auslösung von Teilkämpfen hinarbeiteten und für den Streik

mobilisierten. Die RGO war die Initiatorin des Ultimatums an die Direktion und auch der Streikbeschluss war letztlich ihrer Agitation geschuldet. Zur Wahl einer Streikleitung kam es jedoch erst in der Belegschaftsversammlung am 27. November. Zwar hatte die *Rote Fahne* bereits vor Beginn der Verhandlungen mit dem Unternehmerverband die Wahl einer Kampfleitung gefordert, „in welcher alle politischen und gewerkschaftlichen Gruppierungen der Grünbacher Bergarbeiter sowie die Unorganisierten vertreten sein müssen“,<sup>57</sup> jedoch gelang es ihr in dieser frühen Phase des Arbeitskampfes nicht, diese Zielsetzung in die Tat umzusetzen. Die Grünbacher Genossen mussten vor diesem Hintergrund gar eine öffentliche Schelte des eigenen Zentralorgans einstecken, wurde doch in der *Roten Fahne* kritisiert, dass die RGO-Gruppe in der Belegschaftsversammlung am 20. November „den Brems- und Abwürgungsversuchen des Reformisten Melkes nicht genügend scharf entgegen“ getreten sei, „um sich nicht in den Verdacht zu setzen, daß man sie als ‚Spalter‘ der Einheitsfront bezeichne“. Dieser „Opportunismus“ der Grünbacher Genossen habe „Melkes die Hinausschiebung eines Kampfbeschlusses ermöglicht“.<sup>58</sup>

Letztlich führte die Frage der Streikleitung bereits in der Anfangsphase zu einer Spaltung der Kampffront: Als in der Belegschaftsversammlung am 27. November, zwei Tage vor dem Streikbeschluss, eine Streikleitung aus 25 Mann gewählt wurde, geschah dies zu einem Zeitpunkt, als Melkes nach Durchsetzung der Urabstimmung die Sitzung bereits demonstrativ verlassen hatte.<sup>59</sup> Nach den Vorstellungen von KPÖ und RGO sollte diese aus kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern bestehende Streikleitung in einer bevorstehenden Streikversammlung erweitert werden. Von jeder Einflussnahme sollten jedoch jene ausgeschlossen bleiben, die im Vorfeld des Kampfes seinen Ausbruch zu verhindern versucht hatten „und sich erst jetzt in verdächtiger Weise an die Streikenden heranzumachen versuchen werden“, nämlich „die reformistischen Bürokraten und die von ihnen entsandten Lakaien“.<sup>60</sup> Gegenüber der Auffassung der RGO, dass die Streikleitung von der Arbeiterschaft gewählt werden müsse, standen die Gewerkschaftssekretäre auf dem Standpunkt, dass diese in den Händen des Betriebsrates und der Gewerkschaftsleitung liegen müsse und nur sie zu Verhandlungen berechtigt seien. Dahingehend trat in einer ersten

Streikversammlung am 30. November auch der Gewerkschaftssekretär Kohn auf, der anstelle des offenbar diskreditierten Melkes erschienen war. Im Gegensatz zu Melkes gebärdete sich Kohn dort „sehr radikal“<sup>61</sup> und ließ „eine andere Walze laufen“: „Wie bei allen Streiks“, so die Einschätzung der RGO, „war es auch hier. Nachdem die Arbeiter gegen den Willen der Gewerkschaftssekretäre in den Streik getreten waren, versuchten nun diese Gegner des Streiks sich an die Spitze des Kampfes zu stellen, um ihn möglichst rasch abwürgen zu können.“<sup>62</sup>

Da die RGO jedoch entschieden dagegen auftrat, dass jene Gewerkschaftsfunktionäre, die gegen den Streikausbruch agitiert hatten, in die Streikleitung aufgenommen werden würden, konnte in dieser Streikversammlung keine Einigung über die Führung des Kampfes erzielt werden. Streikgegnern kritiklos die Führung des Streiks zu überlassen, hieß „den Bock zum Gärtner machen“, so Franz Honner, der in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftssekretär der KPÖ und Leiter der RGO-Arbeit an der Streikbewegung Anteil nahm.<sup>63</sup> Nachdem Kohn während der Rede von Honner demonstrativ die Versammlung verlassen hatte und infolge dieser „Sprengungs- und Spaltungsversuche“ keine Beschlüsse gefasst werden konnten,<sup>64</sup> wurde von der RGO am Abend des 1. Dezember eine Versammlung einberufen, in der von den dort anwesenden 300 Arbeitern die Streikleitung auf 75 Mitglieder – Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose – erweitert wurde.<sup>65</sup> Honner hielt hier eine „mehrstündige Rede“, in der er – laut einer Reportage der *Roten Fahne* – die Anwesenden „überzeugte, daß einzig und allein der Weg der RGO. zum Sieg führt“.<sup>66</sup> Diese Streikleitung betrachtete sich selbst als provisorisch und sollte – zur endgültigen Klärung dieser Angelegenheit – erst in einer vom Betriebsrat einberufenen neuerlichen Belegschaftsversammlung am 3. Dezember bestätigt werden.<sup>67</sup>

Zu einer solchen Vollversammlung zur Wahl einer einheitlichen Streikleitung sollte es jedoch nicht kommen. Die exakten Hintergründe der Ereignisse bis zum 3. Dezember lassen sich aus den vorhandenen Quellen aufgrund einiger Widersprüche in der zeitgenössischen Berichterstattung nicht klären: Nachdem am 30. November keine Einigung erzielt werden konnte und die RGO in Reaktion darauf eine Streikleitung hatte wählen lassen, kam überraschend ein paritätisch zusammengesetztes Streikkomitee aus



Streikzeitung der revolutionären Streikleitung der Grünbacher Bergarbeiter.

Kommunisten und Sozialdemokraten zustande, dessen Existenz jedoch nur von kurzer Dauer war. In der Streikzeitung war zu lesen, dass die Bildung einer Streikleitung aus 150 Arbeitern und den Betriebsräten am 30. November auf Antrag von Honner beschlossen worden sei,<sup>68</sup> was jedoch vor dem Hintergrund der Ereignisse unwahrscheinlich erscheint und auch sonst in der Berichterstattung der *Roten Fahne* keinen Niederschlag fand. Dort wurde vielmehr vermeldet, dass die „reformistischen Bürokraten“ bereits nach der Streikversammlung am 30. November eine eigene Streikleitung mit den reformistischen Betriebsräten und dem Gewerkschaftssekretär „zusammengeschoben“ hätten, deren geplante erste Sitzung am 1. Dezember jedoch mit der Begründung abge sagt wurde, dass „ohnehin nichts Neues los sei“.<sup>69</sup> Tags darauf war von Versuchen der „Reformisten“ zu lesen, nach der Wahl der RGO-nahen Streikleitung am 1. Dezember „eine ihnen ergebene Streikleitung zusammenschieben (zu lassen“, um diese „mit der bereits gewählten Streikleitung (zu vereinigen“.<sup>70</sup> Im Rückblick war von einem „Einheitsmanöver“ der Gewerkschaftsbürokratie die Rede, die eine Streikleitung aus Betriebsrat, örtlicher Gewerkschaftsleitung und je 50 „reformistischen“ und RGO-nahen Arbeitern propagierte.<sup>71</sup>

Letztere Variante scheint die nahe liegende Vermutung zu bestätigen, dass sich die Gewerkschaftsführung der mangelnden Autorität ihrer „von oben“ eingesetzten Streikleitung bei den Arbeitern bewusst gewesen sein dürfte und zur Wahrung ihres Einflusses hinter den Kulissen den Vorschlag lanciert hat, eine paritätische Leitung einzusetzen. Zu berücksichtigen ist, dass nur 160 der knapp 1.050 Grünbacher Bergarbeiter Gewerkschaftsmitglieder waren und von diesen wiederum einige der RGO angehörten und damit der Sozialdemokratie nicht nahestanden.<sup>72</sup> Der organisierte

Einfluss der Gewerkschaft war demnach bescheiden. Die RGO schätzte die Zahl der Anhänger von Kohn auf insgesamt ca. 200<sup>73</sup> und führte den geringen Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter auf die Abwürgung des Streiks im Jahr 1925 durch die Gewerkschaftsbürokratie zurück.<sup>74</sup> Die *Arbeiter-Zeitung* wiederum schrieb den geringen Anteil der Gewerkschaftsmitglieder auf die „in Wirklichkeit konterrevolutionäre, nur die Unternehrfront stärkende Hetze“ der RGO zu.<sup>75</sup> Die Behörden gingen von etwa 300 organisierten Arbeitern aus, die entweder dem *Metall- und Bergarbeiterverband*, der RGO oder der NS-Betriebszelle angehörten und von diesen Organisationen eine Unterstützung bezogen.<sup>76</sup> Als dann am 3. Dezember 50 Mitglieder der von der RGO initiierten Streikleitung mit 50 gewerkschaftstreuen Arbeitern, der Ortsgruppenleitung der Gewerkschaft und dem Betriebsrat zu einer ersten Sitzung zusammentraten, erhob der Betriebsratsobmann Harrer die bereits bekannte sozialdemokratische Forderung, dass eine „engere Streikleitung“ bestehend aus dem Betriebsrat und dem Gewerkschaftsausschuss gebildet werden solle, was die eben erfolgte Etablierung einer paritätischen Streikleitung als Manöver enttarnete. Zugleich gestand Harrer ein, dass er bei der Urabstimmung dagegen gestimmt habe und auch jetzt noch gegen den Streik sei. Die Betriebsratssitzung und die von der RGO geforderte Belegschaftsversammlung zur Bestätigung der Streikleitung wurden abgesagt. Da dies von der RGO nicht akzeptiert werden konnte und sie auf einer Wahl der Streikleitung durch die Gesamtbelegschaft beharrte, endete die Sitzung ergebnislos.<sup>77</sup>

Nachdem die SP-Betriebsräte und sozialdemokratischen Mitglieder der Streikleitung die Sitzung des paritätischen Komitees verlassen hatten,<sup>78</sup> hielt die bereits bestehende revolutionäre Streikleitung am 3. Dezember ihre konstituierende Sitzung ab, in der eine Exekutive und

verschiedene Kommissionen gebildet wurden, u.a. ein Streikschutzkomitee zur Aufstellung von Streikposten, ein Solidaritätsausschuss, eine Kommission für Propaganda sowie eine Frauen- und Jugendkommission. Die Streikleitung zog vom Arbeiterheim in das als RGO-Lokal fungierende Gasthaus Jägersberger, das sich in der Nähe der Schachanlage neben den Wohnbaracken befand.<sup>79</sup> Die RGO rief dazu auf, dieser von der Belegschaft gewählten Streikleitung Vertrauen zu schenken und nur ihr die Vollmacht zur Führung von Verhandlungen zuzugestehen. Gleichzeitig warnte sie vor weiteren Manövern, Spaltungs- und Abwürgungsversuchen der „reformistischen Bürokraten“.<sup>80</sup> Am 5. Dezember wurde die revolutionäre Streikleitung in einer Belegschaftsversammlung neuerlich bestätigt. Bei den 400 anwesenden Streikenden soll es sich um fast alle Arbeiter gehandelt haben, die in Grünbach selbst wohnten. Laut Behördenbericht sprach in dieser Versammlung neben Honner auch der kommunistische Betriebsratsobmann der Wiener Schuhfabrik Zeilinger<sup>81</sup> Wilhelm Kment. Die Gewerkschaftssekretäre waren nicht mehr erschienen.<sup>82</sup> Hinsichtlich der Auseinandersetzungen über die Führung des Streiks berichtete der Bezirkshauptmann von Neunkirchen, dass die Sozialdemokraten „die Leitung ganz in gewerkschaftl. Hände legen (wollen), event. unter Zuziehung von ein paar Kommunisten. [...] Die Sozialdem. sagen, sie wollen sich von Weibern nicht führen lassen. Es scheint nämlich, dass auf kommunistischer Seite die Weiber kommandieren“, so Hofrat Lukas an die Niederösterreichische Landesamtsdirektion.<sup>83</sup> RGO-Sekretär Honner, der bereits im Jänner 1925 an der Spitze der Streikbewegung in Grünbach gestanden war, wurde von der Bezirkshauptmannschaft erneut als der „geistige Leiter des Streikes“ ausgemacht. Er gehe „äußerst vorsichtig vor, hetzt in öffentlichen Versammlungen überhaupt nicht, sondern sagt dortselbst den Leuten immer, sie sollen mit den öffentlichen Organen nicht in Konflikt geraten“.<sup>84</sup> Am 7. Dezember musste die Behörde einschätzen, dass sich der Streik „in die Länge ziehen“ dürfte. Die Lage sei „bereits sehr kritisch geworden“, die Kommunisten erhielten einen starken Zulauf, so Hofrat Lukas.<sup>85</sup> Auch eine am 8. Dezember von der RGO einberufene Streikversammlung war mit 400 Arbeitern sehr gut besucht und soll laut *Roten Fahne* „von einem glänzenden Kampfgeist getragen“ worden sein.<sup>86</sup>

Nachdem die sozialdemokratischen Gewerkschafter damit gescheitert waren, eine unter ihrer Führung stehende Streikleitung durchzusetzen, setzten sie in Konkurrenz zur revolutionären Kampfleitung ein eigenes Streikkomitee ein. Nach außen hin wurde versucht, den Anschein zu erwecken, als stehe der Kampf der Grünbacher Bergarbeiter unter dessen Führung. So wurde in der *Arbeiter-Zeitung* lakonisch vermeldet, dass sich die Streikleitung im Arbeiterheim befindet,<sup>87</sup> ohne auch nur mit einem Wort auf die langwierigen Auseinandersetzungen um die Streikleitung in der Vorwoche einzugehen. Darüber hinaus wurde im sozialdemokratischen Zentralorgan – ganz im Gegensatz der *Roten Fahne*, die die Ereignisse tagtäglich in den Mittelpunkt rückte – kaum über die Streikbewegung berichtet. In der zweiten Dezemberwoche verstieg sich die *Arbeiter-Zeitung* sogar zu den unwahren Behauptungen, die Forderung nach einer zehnpromzentigen Lohnerrhöhung sei von den freigewerkschaftlichen Betriebsräten erhoben und der Streik von der Belegschaft „unter der Führung der freien Gewerkschaft“ beschlossen worden.<sup>88</sup> „Die Urheber dieses Streikes sind auf kommunistischer Seite zu suchen“, berichtete hingegen die Bezirkshauptmannschaft.<sup>89</sup> Der Wahrheit näher kam auch ein weiterer Bericht des Bezirkshauptmannes von Neunkirchen, wonach „das Mitgehen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter in Grünbach [...] mehr darauf zurückzuführen (ist), dass die sozialdemokratische Partei die Führung der Bewegung nicht ausschließlich den Kommunisten überlassen will“.<sup>90</sup> Während der SP-Parteiobmann von Grünbach in der *Arbeiter-Zeitung* behauptete, dass das sozialdemokratische Streikkomitee die Bewegung in Grünbach führe,<sup>91</sup> bilanzierte die Zeitschrift der Kommunistischen Internationale, dass die „große Masse der Streikenden“ diesem „Privatkomitee [...] keinerlei Beachtung“ schenke.<sup>92</sup> Einen Hinweis auf die relative Einflusslosigkeit der sozialdemokratischen Leitung gibt auch das nach Abschluss des Streiks in der freigewerkschaftlichen Presse zu lesende Resümee, dass die Gewerkschaft erst in der vierten Streikwoche die Möglichkeit erhalten habe, in den Kampf einzugreifen.<sup>93</sup>

### „Für proletarische Solidarität“

Zur Durchführung des Kampfes standen für RGO und KPÖ neben der Etablierung einer revolutionären Streikleitung und der Aufstellung von Mas-

senstreikposten zwei weitere Punkte im Mittelpunkt: Zum einen die Initiierung einer Solidaritätskampagne mit den Streikenden, sowie die Ausweitung der Streikfront auf andere Kohlenreviere. Gemeinsam mit dem *Bund proletarischer Solidarität* (BPS), der als Nachfolgeorganisation der im Juni 1932 verbotenen *Österreichischen Arbeiterhilfe*<sup>94</sup> gegründet worden war, riefen KPÖ und RGO zur „proletarischen Solidarität mit den streikenden Grubensklaven von Grünbach“ auf.<sup>95</sup> Täglich trafen in Grünbach Begrüßungstelegramme und Solidaritätsresolutionen ein, worüber in der *Roten Fahne* detailliert berichtet wurde. Beispielsweise beschloss die Arbeiterschaft der Spinnerei Nagler und Opler in Weigelsdorf am 3. Dezember in einer Belegschaftsversammlung die Unterstützung des Streiks.<sup>96</sup> Am 8. Dezember warnte eine Versammlung der Wiener Färbereiarbeiter, deren mehrmonatiger Streik infolge der Einstellung der gewerkschaftlichen Unterstützungszahlungen eben zu Ende ging, die Grünbacher Kumpels „vor den Manövern und Verrätereien der Gewerkschaftsbürokratie“.<sup>97</sup> In den Betrieben wurde zu Sammelaktionen und zur Bildung von Solidaritätsausschüssen aufgerufen.<sup>98</sup> Zahlungen an den Kampf- und Streikfonds von RGO und BPS gingen u.a. vom Arbeiterschachklub Josefstadt oder von der Zeitschrift der Spielgruppenbewegung, *Der Rote Trommler*, ein.<sup>99</sup> Die Spielgruppe *Rotes Tempo* sammelte Anfang Dezember in zwei Gemeindebauten Ottakrings durch Sprechchöre und Ansprachen Geld für die Streikenden.<sup>100</sup> Das *Internationale Komitee der Bergarbeiter der Roten Gewerkschaftsinternationale* forderte gar die Bergarbeiter der ganzen Welt zu Sammlungen für die Streikenden in Grünbach auf.<sup>101</sup> Insgesamt brachten die Solidaritätsaktionen bis Abschluss des Streiks einen Betrag von fast 10.000 Schilling zur Unterstützung der Streikenden ein.<sup>102</sup>

Am 16. Dezember gelang es dem *Bund proletarischer Solidarität*, in Grünbach eine Solidaritätsküche zu eröffnen, die täglich Ausspeisungsaktionen im Umfang von 300 Portionen für die Streikenden und ihre Familien durchführte.<sup>103</sup> Zu diesem Zweck hatte sich der BPS bereits in den Vorwochen an die Bauern und Gewerbetreibenden der Umgebung mit der Bitte um Geld- und Lebensmittelspenden gewandt, worauf in eigenen Solidaritätsautos Tausende Kilogramm an Kartoffeln, Krauthäupel, Rüben, Äpfel und Milch an die Streikenden geliefert wurden.<sup>104</sup> Auch aus Salzburg, Kärnten

und dem Burgenland sandten Bauern Lebensmittel.<sup>105</sup> Im Grünbacher Gemeinderat war am 9. Dezember der kommunistische Antrag auf Ausspeisung der Kinder der Streikenden auf Kosten der Gemeinde von den sozialdemokratischen und bürgerlichen Gemeinderäten de facto abgelehnt worden.<sup>106</sup> Im Rahmen einer „Kinderaktion“ sollten die Kinder der Streikenden auf die Dauer des Streiks nach Wien in Pflege übernommen werden.<sup>107</sup> 200 Kinder erhielten Weihnachtspakete und Kleider.<sup>108</sup> Auch der Reinerlös einer Solidaritätsveranstaltung des BPS in Wien, an der u.a. der deutsche Schriftsteller Erich Weinert mit der Rezitation revolutionärer Gedichte mitwirkte, wurde für die Kinderaktion verwendet.<sup>109</sup> Erst unter dem Eindruck dieser gewaltigen Anstrengungen des BPS erschien am 18. Dezember auch in der *Arbeiter-Zeitung* ein Aufruf an die sozialdemokratischen Parteimitglieder zur Sammlung für die Bergarbeiterkinder,<sup>110</sup> allerdings sollten diese Gelder nur sozialdemokratischen Streikenden zukommen,<sup>111</sup> während die Sammlungen des BPS an alle Arbeiter unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit gingen.

Insgesamt dürfte die Einschätzung der RGO nicht verfehlt sein, dass der Grünbacher Streik „getragen (war) von den Sympathien breiter Massen“ und „bei allen Schichten der werktätigen Sympathie“ fand.<sup>112</sup> Die Behörden reagierten mit Argwohn auf die Solidaritätsbewegung mit den streikenden Bergarbeitern. Das „Sammelunwesen zugunsten der Grünbacher Bergleute“ nehme überhand, sowohl in den Dörfern als auch im Neunkirchner Stadtgebiet, beklagte die Bezirkshauptmannschaft,<sup>113</sup> die offenbar auf eine „Aushungerung“ der Streikenden spekuliert hatte. Ende Dezember leitete die Gendarmerie eine Verfolgungskampagne gegen die Sammelkolonnen des BPS ein. Sammelaktionen für die Streikenden wurden von der Polizei und Gendarmerie behindert, die Sammelkolonnen wurden zur Anzeige gebracht.<sup>114</sup> Am 31. Dezember wurde vom Grünbacher Solidaritätsausschuss im Einvernehmen mit dem Zentralkomitee des BPS eine Deputation der streikenden Bergarbeiter zum Wiener Bürgermeister Seitz entsandt, um von ihm zweierlei zu erreichen: Zum einen sollte die Gemeinde Wien als Hauptabnehmerin der Grünbacher Kohle Druck auf die Direktion ausüben zur Erfüllung der Forderungen der Streikenden, zum anderen sollte von Seitz eine Aufhebung des Sammelverbots gefordert werden, um in Wien eine



Solidaritätsaktion der *Arbeiterhilfe* beim Streik in der Pottendorfer Spinnerei 1931. In Grünbach richtete der *Bund proletarischer Solidarität* eine Solidaritätsküche ein.

öffentliche Sammlung zur Unterstützung des Streiks durchführen zu können.<sup>115</sup> In Wien-Meidling erwarteten die Kumpels nicht nur demonstrierende Arbeiter, sondern ein übermächtiges Polizeiaufgebot „mit Überfallsautos und Berittenen“.<sup>116</sup> In Bergmannstracht gelangte die Delegation letztlich über die Mariahilfer Straße ziehend ins Rathaus, wo Seitz jedoch für sie nicht zu sprechen war. Sein erster Sekretär Gschlacht, der sich nach längerer Unterhandlung bereit erklärte, eine dreiköpfige Abordnung zu empfangen, ließ dieser mitteilen, dass der Bürgermeister keine Bewilligung für eine Straßen- und Haussammelaktion erteilen könne. Von der Entgegnung des BPS-Sekretärs Leopold Stift, dass die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung sehr wohl Sammlungen für Kirchen erlaube, ließ sich Gschlacht nicht beeindrucken.<sup>117</sup>

Neben der Solidarität mit den Grünbacher Bergarbeitern stand die Erweiterung der Kampffront auf die übrigen Bergbaubetriebe im Mittelpunkt der kommunistischen Zielsetzungen. Unmittelbar nach Beginn des Streiks richtete die revolutionäre Streikleitung an die Arbeiter in den Alpine Montan-Betrieben in Fohnsdorf, Seegraben und Köflach, im Wolfsegg-Traunthaler Revier sowie im Alpine-Gebiet von Hart die Aufforderung, sich dem Streik anzuschließen und die „allgemeine Streikfront in allen Bergbaurevieren Österreichs“ herzustellen.<sup>118</sup> „Die Kampffront der Grubensklaven muß erweitert werden! Alle Gruben müssen stillgelegt werden“, lautete die kommunistische Parole.<sup>119</sup> Im Bezirk Neunkirchen gelangte ein Flugblatt zur Verbreitung, in dem die Arbeitslosen zur

Erhebung von Forderungen in den Vermittlungsstellen und die Betriebsarbeiter zur Aufstellung von Lohnforderungen aufgefordert wurden: „Wenn die Unternehmer ablehnen, dann ebenfalls heraus zum Kampf, heraus zum Streik!“<sup>120</sup> Die Organisations- und Agitationskommission der revolutionären Streikleitung organisierte Versammlungen in den umliegenden Dörfern, in denen Bergarbeiter wohnten, z.B. in Höflein, Maiersdorf, Willendorf und Puchberg, um auch hier örtliche Streikkomitees zu bilden, was allerdings erst in der Schlussphase des Streiks gelang.<sup>121</sup>

Die RGO hatte von Beginn an für eine Ausweitung des Lohnkampfes auf die anderen Gruben agitiert. Schon im November, im Vorfeld des Streikbeschlusses, traten die kommunistischen Gewerkschafter dafür ein, dem Beispiel der Grünbacher Bergarbeiter zu folgen und Lohnforderungen an die Unternehmer zu stellen. Tatsächlich entwickelte sich im November im gesamten Bergbau eine Lohnbewegung: In Fohnsdorf, wo die RGO im Betriebsrat mit zwei Mandaten vertreten war,<sup>122</sup> überreichten die Bergarbeiter am 10. November ebenfalls Lohnforderungen, die mit einem befristeten Ultimatum an die Direktion der *Alpine Montan-Gesellschaft* verbunden wurden.<sup>123</sup> Auch im benachbarten Braunkohlewerk von Hart nahe Gloggnitz, in dem die RGO im Betriebsrat über eine starke Position verfügte,<sup>124</sup> erhob die Belegschaft am 20. November unter Einfluss der RGO und unter dem Eindruck der Ereignisse in Grünbach die ultimative Forderung nach einer 20-prozentigen Lohnerhöhung.<sup>125</sup> Sowohl nach

Hart, als auch nach Fohnsdorf wurden Anfang Dezember jeweils zwei Grünbacher Betriebsräte in Belegschaftsversammlungen entsandt.<sup>126</sup> In beiden Bergwerken wurden jedoch die Lohnforderungen der Arbeiter von der Alpine-Direktion abgelehnt. In Hart wurde eine Kundmachung an die Arbeiterschaft erlassen, in der mit der Stilllegung des Werkes im Falle eines Ausstandes gedroht wurde.<sup>127</sup> In Fohnsdorf, einer Hochburg der „gelben“ *Unabhängigen Gewerkschaft*, waren es die UG-Funktionäre, die die Kampf Stimmung bremsen,<sup>128</sup> in Hart verhinderten in den Augen der KPÖ „die Reformisten [...] den Ausbruch des Streiks“, indem Gewerkschaftssekretär Kohn die Weiterleitung des Ultimatums hintertrieb.<sup>129</sup>

### Vereinheitlichung der Bewegung

In der kommunistischen Presse wurde stets auf die Geschlossenheit der Streikbewegung hingewiesen, was jedoch vor dem Hintergrund der vorhandenen Differenzen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretären vor allem als Appell zu verstehen war: „Einig und geschlossen verharret die Arbeiterschaft am Beginn der dritten Streikwoche in ihrem Kampf um mehr Lohn und Brot für sich und ihre Familie“, wurde in der Grünbacher Streikzeitung nach zwei Wochen die Kampf Bewegung bilanziert.<sup>130</sup> „Die Streik Stimmung ist bei der Arbeiterschaft nach wie vor eine glänzende“, eröffnete die *Rote Fahne* auch die vierte Streikwoche mit Betonung der Festigkeit der Streikfront: „Geschlossen steht die Arbeiterschaft auf dem Standpunkt, daß es diesmal kein Nachgeben gibt und wenn der Streikkampf noch einige Wochen dauern sollte.“<sup>131</sup> Mit Hinweis darauf, dass die aktuelle Antreiberei und Ausbeutung sowie die schlechten Lohnverhältnisse die Folgen der Streikniederlagen der Jahre 1923 und 1925 seien, wurden die Grünbacher Bergarbeiter zum Durchhalten aufgerufen.<sup>132</sup>

Indessen blieb die Frage nach der Führung des Streiks weiter aktuell, weshalb die RGO auf die Einberufung einer Streikvollversammlung zur Vereinheitlichung seiner Führung und zur Wahl eines Verhandlungskomitees drängte. Schoeller und Ott ließen frühzeitig verlautbaren, dass sie nicht gewillt seien, mit der RGO und der revolutionären Streikleitung zu verhandeln,<sup>133</sup> was auf kommunistischer Seite die Befürchtung aufkommen ließ, dass die Direktion unter Umgehung der Kampfleitung zu ei-

nem Übereinkommen mit der kompromissfreudigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie zu gelangen strebe.<sup>134</sup> Demgegenüber blieb die RGO bei ihrer Auffassung, dass allein die von der Arbeiterschaft gewählte Streikleitung zu Verhandlungen berechtigt sei, worauf die Einberufung einer Streikvollversammlung in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratischen Gewerkschaftern und kommunistischen Streikführern rückte. Eine diesbezügliche Forderung der RGO wurde am 9. Dezember von der sozialdemokratischen Betriebsratsmehrheit abgelehnt.<sup>135</sup> Auch in der Sitzung des Betriebsrats am 13. Dezember wurde ein Vorschlag der RGO-Betriebsräte zur Verbreiterung und Vereinheitlichung des Streiks auf Grundlage einer von der Arbeiterschaft selbst gewählten Streikleitung zurückgewiesen.<sup>136</sup> Der Gewerkschaftssekretär Kohn verlangte vielmehr die Ausschaltung von Honner aus der Kampfleitung und die Übergabe der Führung in seine Hände.<sup>137</sup>

Die daraufhin für den 16. Dezember von der Streikleitung in Eigenregie einberufene Streikversammlung wurde von den Sozialdemokraten sabotiert. In einem Flugblatt forderten sie vielmehr dazu auf, nur den Weisungen der SP-Vertrauensmänner und der Gewerkschaft zu folgen.<sup>138</sup> In der Zeitung des *Metall- und Bergarbeiterverbandes* wurde vor der „Demagogie“ der RGO und Franz Honners gewarnt: „Wir werden uns sicherlich nicht von diesen Demagogen beirren lassen, sondern bleiben nach wie vor bemüht, den Kampf der Belegschaft so zu führen, daß die Belegschaft endlich erkennt, wie man Lohnkämpfe nicht mit laut tönenden Phrasen, sondern nur auf der Basis einer starken gewerkschaftlichen Organisation erfolgreich führen kann“,<sup>139</sup> wurde dort erneut auf der Autorität der Gewerkschaft in Konfrontation zur revolutionären Kampfleitung beharrt. Die RGO und die Streikleitung wandten sich in dieser Situation mit einem Appell an alle Arbeiter zur Herstellung der Einheitsfront: Darin erklärten sie sich bereit, die Streikleitung auf Grundlage einer Wahl durch die Belegschaft um sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Arbeiter zu erweitern. Einen Tag zuvor, am 15. Dezember, hatte die NS-Betriebszellenorganisation, die sich zunächst dem Streik angeschlossen hatte, ihre Rechtfertigung des Streiks zurückgezogen.<sup>140</sup> Die Nazis zeigten sich nun als „gemeine Streikbrecher und Unternehmerknechte“, wie die *Rote Fahne* feststellte.<sup>141</sup>



1933 erschienene Broschüre der RGO.

Die in der Streikversammlung am 16. Dezember anwesenden 400 Arbeiter beschlossen drei Forderungen: Die Einstellung der Werbung von Streikbrechern, die Aufnahme von Verhandlungen mit der Streikleitung auf Grundlage der von den Arbeitern gestellten Forderungen, sowie den Abzug der Gendarmerie aus Grünbach. Im Rahmen eines Demonstrationzuges wurden diese Forderungen unter Führung einer viergliedrigen Delegation der Direktion überbracht.<sup>142</sup> Tags darauf, am 17. Dezember, wurde in der Sitzung der auf 100 Mitglieder erweiterten Streikleitung die Einberufung einer Streikvollversammlung am 21. Dezember beschlossen. Im Anschluss daran sollte eine gemeinsame Demonstration der Bergarbeiter mit den Neunkirchner Arbeitslosen stattfinden.<sup>143</sup> Zu deren Vorbereitung fanden auch in den Dörfern in der Umgebung von Grünbach Versammlungen statt. So sprachen Honner und Gregor Kersche, Mitglied des KPÖ-Parteivorstands und Sekretär des *Reichskomitees werktätiger Bauern*, u.a. in Maiersdorf, Höflein und Puchberg.<sup>144</sup>

Die Vorgänge am 21. Dezember machen die Kluft deutlich, die sich zwischen sozialdemokratischen Funktionären und den mit der RGO verbundenen Arbeitern aufgetan hatte. Angesichts des Aufrufes zur Demonstration trat die Bezirkshauptmannschaft mit der Staatsanwaltschaft in Verbindung, „ob nicht gegen die Mitglieder der revolutionären Streikleitung, welche derartige Aufrufe erlässt, mit der Verhaftung vorgegangen werden soll“. Versammlung und Demonstration wurden auf Grundlage des allgemeinen Versammlungsverbots untersagt.<sup>145</sup> Als

Franz Honner am 21. Dezember die Versammlung im Arbeiterheim dennoch eröffnete, wurde diese von der Gendarmerie aufgelöst und mit der Räumung der Straße begonnen. Die sozialdemokratische Presse sprach von 150 erschienenen Arbeitern,<sup>146</sup> laut Bericht der Behörden waren in diesem Zuge jedoch 600 Personen zu verdrängen,<sup>147</sup> einige Arbeiter wurden verletzt. Die *Rote Fahne* beschuldigte den SP-Obmann, die Ordnungskräfte ins Arbeiterheim eingelassen zu haben.<sup>148</sup> Die *Arbeiter-Zeitung* hielt dem entgegen, Gschweidl habe die Arbeiter beruhigen wollen.<sup>149</sup> Am Vortag hatten die freigewerkschaftlichen Betriebsräte und die SP-Lokalorganisation vor einer Teilnahme an der Demonstration und einem drohenden „Blutbad“ gewarnt. Erst diese „erbärmliche Hetze gegen die Kommunisten“ hätte der Staatsmacht den Vorwand geliefert, die Versammlung und Kundgebung zu verhindern, so die Kritik der RGO.<sup>150</sup> Am Nachmittag des 21. Dezember erschien dann ein SP-Flugblatt folgenden Inhalts: „Wir sind hart an einer Katastrophe vorbeigegangen, wir haben hart ein Blutbad verhütet [...]“.<sup>151</sup> Tags darauf wurde in einer Konferenz sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsvertrauensmänner des Schneeberggebietes eine von Gschweidl eingebrachte Resolution beschlossen, in der „die fluchwürdige, verbrecherische Taktik der Kommunisten und ihrer Führer [...] auf das entschiedenste“ verworfen wurde.<sup>152</sup>

Ende Dezember wiederholte die RGO ihre Initiative zur Vereinheitlichung der Streikbewegung, indem sich die revolutionäre Streikleitung an die Bergarbeiter, an die Ortsgruppenleitung der *Freien Gewerkschaft* und an den Betriebsrat mit der Forderung wandte, eine – bisher von SP und FG boykottierte – allgemeine Streikvollversammlung zur „Wahl einer einheitlichen Streikleitung“ einzuberufen, die vom Vertrauen der gesamten Arbeiterschaft getragen werde. Ferner verlangte die RGO die Auszahlung der durch die Gewerkschaften und Betriebsräte gesammelten Streikunterstützungen in gleicher Höhe an alle Streikenden, mit Berücksichtigung ihrer Familienverhältnisse, jedoch ohne Rücksicht darauf, ob es sich um gewerkschaftlich Organisierte oder Unorganisierte handle, sowie die „Ergreifung von Maßnahmen zur Ausbreitung des Streiks auch auf andere Bergbaubetriebe“.<sup>153</sup> Dahingehende, auf eine Stärkung der Kampffront abzielende Vermittlungsvorschläge der RGO blieben aber ohne Resonanz bzw. wurden von den so-

zialdemokratischen Gewerkschaftsführern abgelehnt. Eine Streikvollversammlung wurde von ihnen letztlich erst dann einberufen, als sie bereits mit den Unternehmervertretern eine Plattform zum Abbruch des Streiks ausverhandelt hatten.

### Verhandlungskompromiss und Streikabbruch

Während die RGO auch zu Jahresbeginn 1933 für eine Fortsetzung des Streiks bis zur Erfüllung der Forderungen der Streikenden eintrat, wurde auf sozialdemokratischer Seite nach einem Ausweg im Sinne eines Verhandlungskompromisses mit der Direktion gesucht. Nach fast sechswöchigem Streik und Verhandlungen des *Metall- und Bergarbeiterverbandes* mit der Direktion und der Unternehmervereinigung wurde den ausgesperrten Arbeitern Anfang Jänner 1933 von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsleitung vorgeschlagen, die Arbeit zu den alten Lohnbedingungen wieder aufzunehmen.

Die Initiative zu solchen Verhandlungen ergriff der sozialdemokratische Bürgermeister von Grünbach Eduard Lintner, der – glaubt man den Verlautbarungen in der Parteipresse – aus eigenem Antrieb im Interesse der Gemeinde aktiv geworden sein soll. Man wird jedoch kaum fehlgehen mit der Annahme, dass es sich um eine mit den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären abgestimmte Aktion, ja sogar um Geheimdiplomatie in deren Auftrag handelte. So bekannte der sozialdemokratische Nationalrat Paul Schlesinger nach Ende des Streiks offen, dass „unter Ausschaltung der kommunistischen Emissäre“ Verhandlungen vorbereitet worden seien.<sup>154</sup> Am 2. Jänner 1933 referierte Lintner in einer eigens einberufenen Versammlung der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Vertrauensmänner des Schneeberggebietes über den von ihm gestarteten Vermittlungsversuch, der bereits am 4. Jänner eine Verständigung mit der Bergwerksdirektion und dem Unternehmerverband ermöglichen könne. Die in Grünbach tagende Vertrauensmännerversammlung beschloss eine Resolution, diese von Lintner herbeigeführten Verhandlungen mit einer Delegation aus sieben Betriebsräten und Vertrauensmännern unter Führung von Schlesinger und des Leobener Gewerkschaftssekretärs Krainer zu beschicken und am 5. Jänner erneut zusammenzukommen, um einen Bericht über Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen entgegen zu nehmen.<sup>155</sup>

In der *Roten Fahne* wurde hierin richtigerweise das Signal zur Abwürgung des Streiks erkannt:<sup>156</sup> Während die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer über Wochen hinweg eine Streikvollversammlung verhindert hatten, in der eine Verhandlungsdelegation hätte gewählt werden können, ließen sie sich nun von den sozialdemokratischen Vertrauensmännern, und nicht von den Grünbacher Kumpels, zu Verhandlungen legitimieren, um zu einer Beilegung des Bergarbeiterstreiks zu kommen. Um einigermaßen das Gesicht zu wahren, wurde der Grünbacher Bürgermeister – ein „Du“-Freund von Direktor Ott – vorgeschoben. KPÖ und RGO lehnten solche Verhandlungen entschieden ab und erneuerten ihre Forderung nach sofortiger Einberufung einer Belegschaftsversammlung, um hier ein Verhandlungskomitee zu wählen,<sup>157</sup> jedoch war den Kommunisten mit dem Vorstoß von Lintner und den bevorstehenden Verhandlungen die Initiative entglitten.

Am 4. Jänner fanden in Wien die Verhandlungen zwischen Unterhändlern des *Metall- und Bergarbeiterverbandes* sowie Vertretern der Direktion und dem *Neunkirchner Industriellenverband* statt. Die kommunistischen Betriebsräte und die revolutionäre Streikleitung blieben ausgeschlossen. Die *Arbeiter-Zeitung* berichtete tags darauf vom schwierigen Verlauf der Verhandlungen, weil die Unternehmer unannehmbare Forderungen gestellt hätten, jedoch sei eine Basis gefunden worden, auf der „Vereinbarungen über den Abbruch des Streiks“ möglich seien.<sup>158</sup> Man einigte sich letztlich auf die Wiedereinstellung der Belegschaft zu den alten Lohnbedingungen, der Urlaub für das laufende Jahr wurde halbiert. Damit war von Gewerkschaft und Unternehmervertretern eine „Plattform für den Abbruch des Streiks festgelegt worden“.<sup>159</sup> Zunächst sollen die Unternehmer einen fünfprozentigen Lohnabbau, eine Änderung des Kollektivvertrages und den Verlust der Rechte aller Arbeiter, insbesondere der Urlaubsansprüche, gefordert haben. Gewiss konnte jedoch auch in diesem Punkt eine solche Sprachregelung über den Verlauf der Gespräche gefunden werden, die es der Gewerkschaft ermöglichte, das Verhandlungsergebnis als Erfolg darzustellen. „Nach vielstündigen zähen Verhandlungen“ sei es gelungen, die Forderungen der Unternehmer abzuwehren, berichtete Schlesinger in der Vertrauensmännerversammlung am 5. Jänner, die dem Verhandlungsergebnis zwar „unter Protest“,

jedoch einstimmig zustimmte und den Grünbacher Arbeitern dessen Annahme empfahl.<sup>160</sup> Zu diesem Zweck wurde am 6. Jänner eine Belegschaftsvollversammlung einberufen, also zu einem Zeitpunkt, als es nur mehr darum ging, die streikenden Kumpels vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Seitens der Behörden wurde in dieser Situation noch einmal Härte demonstriert: Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Belegschaftsversammlung wurde das Gendarmerieaufgebot in Grünbach um weitere zehn Beamte verstärkt und ein Zug der Schulabteilung in Bereitschaft gehalten.<sup>161</sup> Als am 5. Jänner drei Streikbrecher von kommunistischen Streikposten abgefangen wurden, schritt die Gendarmerie mit großer Brutalität ein und nahm eine Reihe von Verhaftungen vor, darunter auch von Gregor Kersche, der Wochen lang inhaftiert blieb.<sup>162</sup> Unter der Arbeiterschaft habe der Gendarmerieinsatz „große Erregung verursacht“, berichtete die Bezirkshauptmannschaft an die Landesregierung. Weil der Postenkommandant in Grünbach sogar eine Befreiungsaktion der Arbeiterschaft befürchtete,<sup>163</sup> wurden Kersche und der kommunistische Arbeiter Rudolf Jakosch „vorsichtshalber dem Kreisgerichte in Wr. Neustadt überstellt“.<sup>164</sup> Die *Arbeiter-Zeitung*, der eine weitere Radikalisierung in dieser Situation gewiss unangelegen kam, kommentierte diese Aktion mit der Feststellung, dass die Grünbacher Arbeiter „sowohl mit den paar Streikbrechern, wie auch mit den kommunistischen Wichtigmachern [...] schon allein fertig werden“ würden.<sup>165</sup>

Die Kommunisten lehnten den von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären ausverhandelten „Schandpakt“ entschieden ab. Eine von der revolutionären Streikleitung einberufene Versammlung trat am 5. Jänner für die Aufrechterhaltung der alten Forderungen nach einer zehnprozentigen Lohnerhöhung, für die Wiedereinstellung aller Streikenden und die Entlassung aller Streikbrecher ein.<sup>166</sup> Die Tatsache, dass in der *Roten Fahne* über die Anzahl der Teilnehmer dieser Versammlung nicht informiert wurde, lässt auf eine geringe Beteiligung schließen, was einen Hinweis auf die Stimmung unter den Streikenden nach Wochen des Kampfes gibt. Die Belegschaft war zu diesem Zeitpunkt mehr als fünf Wochen lang unerschütterlich im Streik gestanden. In den ersten Jännertagen beobachtete die Bezirkshauptmannschaft jedoch eine unverkennbare Streikmüdigkeit „in allen Krei-

sen der ausgesperrten Belegschaft, auch sogar bei einem Teile der Bergarbeiter, die zu den Kommunisten stehen“.<sup>167</sup> Die offensichtliche Kompromissbereitschaft der Gewerkschaftsführung beförderte solche Stimmungen. Eine Nichtannahme des Verhandlungsergebnisses würde bedeuten, dass die Unternehmerorganisation am nächsten Tag ihre Zugeständnisse zurückziehen würde,<sup>168</sup> wurde von dieser Seite in Richtung Annahme der Vereinbarungen Druck ausgeübt. Nicht zu vernachlässigen ist auch die materielle Seite der langen Streikdauer, kontrollierte die Gewerkschaft doch die Unterstützungsgelder, die nur organisierten Gewerkschaftsmitgliedern zukamen und somit als „wirtschaftliches Druckmittel“ eingesetzt werden konnten.<sup>169</sup>

In der Belegschaftsversammlung am Nachmittag des 6. Jänner 1933 konnte die Gewerkschaftsführung schließlich den mit den Unternehmern ausverhandelten Streikabbruch durchsetzen.<sup>170</sup> Die von 800 bis 1.000 Bergarbeitern, und damit von beinahe der gesamten Belegschaft besuchte Versammlung nahm einen stürmischen Verlauf, der die tiefen Differenzen zwischen den kommunistischen Streikbefürwortern und den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären deutlich macht. Wie bereits in den Vorwochen fanden prinzipielle Differenzen nicht in auf Klärung abzielenden Diskussionen, sondern vor allem in schwer durchschaubaren Manövern Ausdruck: Zunächst wurde Franz Honner, der für die RGO führend in die Streikbewegung eingegriffen hatte, mit Hinweis auf seine Nichtzugehörigkeit zur Belegschaft der Zutritt zur Versammlung verwehrt, wofür – laut *Rote Fahne* – eine „Prügelgarde“ Sorge trug. 300 bis 400 Arbeiter sollen vor dem Tor für den Einlass Honners demonstriert haben. Eine zu Beginn im Saal durchgeführte Abstimmung soll in den Augen des kommunistischen Zentralorgans eine „große Mehrheit“ für die Zulassung Honners ergeben haben, was jedoch „von den Bonzen in das Gegenteil umgefälscht wurde“.<sup>171</sup> Laut Berichterstattung der *Arbeiter-Zeitung* sollen hingegen „kaum hundert“ für eine Teilnahme Honners gestimmt haben,<sup>172</sup> laut *Neunkirchner Bezirksboten* 150,<sup>173</sup> was allein vor dem Hintergrund des großen kommunistischen Anhangs unter den Grünbacher Bergarbeitern weitgehend unrealistisch erscheint. Auch der im sozialdemokratische Zentralorgan formulierte Vorwurf, Honner hätte eine Sprengung der Belegschaftsversammlung herbeiführen wol-



Franz Honner (1893–1964). Streikführer in Grünbach, Mitglied des ZK der KPÖ, 1945 Staatssekretär für Inneres.

len, ist nur vor dem Hintergrund der wechselseitigen Polemik verständlich bzw. lässt die Vermutung aufkommen, dass eine argumentative Einflussnahme Honners auf die entscheidende Versammlung unter allen Umständen verhindert werden sollte, um den angestrebten Streikabbruch nicht zu gefährden.

Nach dieser Abstimmung referierte Nationalrat Schlesinger über die Vereinbarungen mit der Direktion, danach sprachen Betriebsratsobmann Harrer und – wie dem Bericht der Bezirkshauptmannschaft zu entnehmen ist – die kommunistischen Betriebsräte Wurmbrand und Jocha. Die *Arbeiter-Zeitung* vernahm aus deren Munde nur „ein unsäglich unflätiges Schimpfen auf die Gewerkschaften“, die *Rote Fahne* wiederum berichtete von der „wüsten Kommunistenhetze“ Schlesingers. Nicht eindeutig zu klären ist die zentrale Frage dieser Belegschaftsversammlung, nämlich jene nach der Urabstimmung über einen Abbruch des Streiks. Laut Darstellung der *Roten Fahne* griffen die Gewerkschaftsbürokraten in diesem allgemeinen Tumult zu einem Trick, um den Abbruch des Streiks durchzusetzen: So kündigte Betriebsratsobmann Harrer den Beginn der Urabstimmung an, wozu sich die Arbeiter im Hof die Stimmzetteln holen sollten. Als darauf die große Mehrheit der Arbeiter den Saal verließ, soll er plötzlich erklärt haben, dass sich diese damit für den Streikabbruch entschieden hätten und erklärte den Streik für beendet. Danach räumte die Gendarmerie das Arbeiterheim.<sup>174</sup> Die *Arbeiter-Zeitung* wiederum stellte die Geschehnisse so dar, als hätten die

Kommunisten mit Geschrei eine Urabstimmung verhindert, weshalb Harrer in den Saal gerufen habe, dass diejenigen, die für die Annahme der zuvor unterbreiteten Vorschläge seien, in den Hof hinausgehen sollten, worauf sich der Saal leerte.<sup>175</sup> Schlesinger behauptete gar, die Kommunisten hätten erklärt, „eine Abstimmung, ob geheim oder öffentlich, über den Abbruch des Streiks nicht zuzulassen“.<sup>176</sup> Etwas Licht in diese Frage bringt der Bericht der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen an die Landesregierung: Demnach sollen es die Kommunisten gewesen sein, die eine Abstimmung darüber verlangten, „ob unter den der Versammlung bekanntgegebenen Bedingungen der Streik beendet werden soll“. Es kann also ausgeschlossen werden, dass durch einen kommunistischen Tumult eine solche Abstimmung verhindert worden ist. Nachdem verlautbart wurde, dass jene, die für die Wiederaufnahme der Arbeit seien, den Saal verlassen sollen, blieben laut Behördenbericht 120 Personen zurück.<sup>177</sup> Zwar muss die Frage offen bleiben, ob in der Tat – wie von kommunistischer Seite behauptet – eine Mehrheit gegen die Annahme des Verhandlungsergebnisses gewesen wäre.<sup>178</sup> Gewiss hätte sich jedoch in einer formellen Urabstimmung, die in schriftlicher Form geplant war, eine weitaus höhere Anzahl gegen den Verhandlungskompromiss ausgesprochen als jene 120, die in der unklaren Situation im Saal verblieben.

Einen Tag nach der Belegschaftsversammlung, am 7. Jänner, wandte sich die revolutionäre Streikleitung mit einem Flugblatt an die Arbeiterschaft, in dem die Wiedereinstellung aller Streikenden, die Bezahlung der alten Löhne, keine Maßregelungen und Entlassungen, sowie die Wahl eines Verhandlungskomitees in einer Schachtversammlung gefordert wurden, an eine Fortführung des Streiks war in dieser Situation angesichts der Zermürbung der Arbeiterschaft jedoch nicht mehr zu denken. Um sich nicht von den Arbeitern zu isolieren, erklärte auch die RGO am 6. Jänner den Streik für beendet.<sup>179</sup> Am 7. Jänner wurde im Grünbacher Steinkohlebergwerk die Arbeit wieder aufgenommen.

### „Verrat der Bonzen“

In der kommunistischen Kritik wurden die Ereignisse der ersten Jännerwoche als Organisation des „offenen Streikbruchs“ zusammengefasst: Unmittelbar vor seinem Erfolg sei „der heldenhafte Kampf der Kumpels“ durch den Verrat der sozialdemokratischen Gewerk-

schaftsbürokratie abgewürgt und im Zusammenspiel mit Unternehmer und Staatsapparat zerschlagen worden. Vor dem Hintergrund der Lohnbewegung im gesamten Bergbau wäre Grünbach „ein Signal für die Entwicklung einer Welle großer Kämpfe und Streiks gewesen“.<sup>180</sup> Die KPÖ unterstrich die „über den Rahmen eines betrieblichen Lohnkampfes“ hinausgehende politische Bedeutung dieses Streiks, der den „Charakter eines Offensivkampfes unter den Bedingungen der Vertiefung der Weltwirtschaftskrise und des Endes der kapitalistischen Stabilisierung“ trug. Durch das „aktive Eingreifen“ der RGO und der KPÖ sei es gelungen, „trotz der Spaltungsversuche der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie die Streikfront sechs Wochen unerschüttert“ aufrechtzuerhalten.<sup>181</sup> Die Partei knüpfte damit an ihre optimistische Einschätzung der Entwicklung der Klassenkräfte an, erwartete die KPÖ doch mit Vertiefung der Weltwirtschaftskrise eine Zuspitzung der Klassengegensätze und das Heranwachsen eines neuen revolutionären Aufschwungs: „Der Kampf beginnt nun auch in Österreich die Form von Massenstreiks anzunehmen!“<sup>182</sup> prognostizierte die *Rote Fahne* bereits am ersten Streiktag eine Linksentwicklung und Radikalisierung. In weitere Folge wurde der Streik in Grünbach als „Beginn einer Welle des Widerstandes der österreichischen Arbeiterschaft gegen die neubevorstehende Welle von Kollektivvertragskündigungen und des Lohnabbaues von seiten der Unternehmer“<sup>183</sup> und als „erste(r) Schritt dieser Offensive des Proletariats“<sup>184</sup> gewertet.

Der Grünbacher Streik wurde in den Augen der KPÖ deshalb abgewürgt, weil nach seinem Vorbild sonst weitere Streiks für Lohnverbesserungen ausgebrochen wären, die „Reformisten“ jedoch die Auffassung vertraten, „daß es in Krisenzeiten nicht möglich sei, erfolgreiche Wirtschaftskämpfe zu führen“. Deren „Theorie von der Unmöglichkeit des Kampfes in der Krise“ hätte am Grünbacher Beispiel bestätigt werden müssen.<sup>185</sup> Dieser Einschätzung kamen Veröffentlichungen in der sozialdemokratischen Presse entgegen: „Der Streik selbst verlief trotz der kommunistischen Quertreibereien und Verleumdungen nicht anders, als eben ein Streik in jetzigen Zeit verlaufen kann“, war im Organ des *Metall- und Bergarbeiterverbandes* zu lesen.<sup>186</sup> Damit lagen sozialdemokratische Partei und Gewerkschaft ganz auf der Linie des damaligen wirtschaftspolitischen Mainstreams, vertrat doch auch der *Öster-*

*reichische Volkswirt* die Auffassung, dass der „leichtfertige“ Streik in Grünbach und auch jener der Wiener Seidenfärber „entsprechend der wirtschaftlichen Kampfplage mit der Unterwerfung der Belegschaften endeten, enden mußten“.<sup>187</sup>

Während die Gewerkschaftssekretäre versprochen hatten, dass alle Streikenden wieder eingestellt werden würden, waren bis 10. Jänner von den ca. 1.050 Kumpels der alten Belegschaft erst 800 wieder aufgenommen worden.<sup>188</sup> Am 11. Jänner wurde bekannt, dass 80 revolutionäre Arbeiter – Kommunisten und RGO-Anhänger – nicht mehr eingestellt und an ihrer Stelle neue Arbeitskräfte aufgenommen werden sollten. Unter den Gemaßregelten befanden sich alle fünf RGO-Betriebsräte. Der Betrieb wurde zu diesem Zeitpunkt immer noch von der Gendarmerie besetzt gehalten.<sup>189</sup> Ein Amtsvermerk der niederösterreichischen Landesamtsdirektion macht deutlich, dass die Kommunisten zurecht die „Packelei“ zwischen Gewerkschaft und Unternehmern kritisiert hatten, berichtete doch Werkspräsident Philipp Schoeller bereits am 4. Jänner über die Verhandlungen, dass ca. 50 Arbeiter, „welche die radikalsten waren, nicht mehr aufgenommen werden. Sie werden von der Nichtaufnahme erst in der nächsten Woche verständigt.“<sup>190</sup> Wenig später wurde auch publik, dass die gewerkschaftlichen Unterhändler bei den Verhandlungen in Wien der vorzeitigen Auflösung und Neuwahl des Betriebsrats zugestimmt hatten, um damit dem Unternehmer die Möglichkeit zu geben, die Betriebsräte der RGO zu entlassen.<sup>191</sup> Der *Bund proletarischer Solidarität* rief dazu auf, die entlassenen Kumpels nicht im Stich zu lassen und für den Gemaßregeltenfonds zu sammeln.<sup>192</sup>

Als Hauptproblem wurde neben organisatorischen Schwächen in der Vorbereitungsphase des Streiks die fehlende innergewerkschaftliche Arbeit von KPÖ und RGO erkannt: Die Parteizelle Grünbach umfasste zu diesem Zeitpunkt zwar 70, die RGO-Gruppe des Kohlebergwerks sogar 100 Mitglieder, von den Kommunisten waren jedoch nur elf, von der RGO nur 25 Mitglieder der Gewerkschaft.<sup>193</sup> In der lokalen Ortsgruppe des *Metall- und Bergarbeiterverbandes* wurde keine RGO-Fraktion gebildet, um in der „reformistischen Gewerkschaftsgruppe“ Oppositionsarbeit zu leisten.<sup>194</sup> Dies habe zur völligen Isolierung von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern geführt.<sup>195</sup> Eine Lehre aus dem Grünbacher Streikkampf wurde insofern darin

erkannt, dass alle KommunistInnen und RGO-AnhängerInnen den „reformistischen“ Gewerkschaften beitreten müssen, um hier systematische Arbeit zu leisten. Insgesamt setzte in der KPÖ Ende Dezember 1932 eine regelrechte Kampagne zur Forcierung der innergewerkschaftlichen Arbeit ein. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Jahresversammlungen der Ortsgruppen mit der Neuwahl der unteren Leitungen des Gewerkschaftsapparats wurde die Forderung erhoben, wählbare Funktionen zu erobern, um „den Bürokraten ihren Durchführungsapparat“ zu entreißen. Jede Zahlstelle, jede Ortsgruppe unter revolutionärer Führung wäre „ein Hebel für eine gewaltige Steigerung der Solidaritätsaktion für Grünbach, ein Zentrum der Organisation der proletarischen Gegenoffensive nach dem Beispiel von Grünbach“, so der Appell der *Roten Fahne*.<sup>196</sup>

Auch die Sozialdemokratie führte die „unerfreulichen Organisationsverhältnisse in Grünbach“, also den geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und das „Fehlen einer schlagkräftigen Gewerkschaft“, als eine der Ursachen für den Misserfolg des Streikkampfes ins Treffen, jedoch aus einem anderen Blickwinkel: „Wären die Grünbacher Bergarbeiter alle Mitglieder ihrer Organisation gewesen, dann hätten sie die Lohnerhöhung vielleicht sogar ohne Streik durchsetzen können“, wurde im Leitartikel der *Arbeiter-Zeitung* auch nach Ende des Streiks die Linie der Verhandlungsbereitschaft und Kampftendenz prolongiert.<sup>197</sup> Gemäß ihrer Auffassung, dass die Einheit der ArbeiterInnenklasse in ihren Reihen und nicht mittels einer Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen ArbeiterInnen zu verwirklichen sei, wurde den Grünbacher Bergarbeitern als Lehre des Streiks die Mahnung mitgegeben, „den kommunistischen Maulhelden den ihnen gebührenden Fußtritt“ zu geben.<sup>198</sup> Die Kommunisten erschienen in dieser Sicht nicht als potenzielle Bündnispartner gegen die Angriffe des Bürgertums und die faschistische Bedrohung, sondern als Spalter der Arbeiterbewegung und Demagogen. Die Schlussfolgerung der KPÖ wiederum war, dass „jede Einflußnahme der Gewerkschaftsbonzen auf die Vorbereitung und die Kampfführung“ ausgeschaltet werden müsse, um bei vorhandener Kampf Stimmung der Arbeiter Streikkämpfe auch erfolgreich zu Ende bringen zu können.<sup>199</sup>

Insgesamt stand die sozialdemokratische Bilanz ganz im Zeichen der Ausein-

andersetzung mit den Kommunisten, womit die Sozialdemokratie von der in den Vorjahren praktizierten Taktik des Totschweigens der KPÖ abgehen musste. Dies gibt auch einen Hinweis darauf, wie sehr die KPÖ aufgrund ihres sozialökonomischen Engagements als potenzielle Konkurrenz zur Sozialdemokratie erstarkt war und angesichts der Radikalisierung der ArbeiterInnenschaft von dieser als Herausforderung wahrgenommen wurde. War im Streikverlauf noch die Behauptung aufgestellt worden, der Kampf sei auf Initiative und unter Führung der *Freien Gewerkschaft* ausgebrochen, gestand Nationalrat Schlesinger nach Streikende offen ein, dass es sich beim Grünbacher Kampf mehr oder weniger um eine unliebsame kommunistische Aktion gehandelt habe: Er beklagte nun die „maßlose Agitation“ der Kommunisten „für den sofortigen Ausbruch des Streiks“, die nach der Ablehnung der Forderungen der Arbeiter durch die Direktion Ende November eingesetzt habe. Weiters behauptete Schlesinger, dass die Kommunisten unter dem Eindruck eines tödlichen Arbeitsunfalls eine Abstimmung für den Streik hätten durchsetzen können, was so nicht den Tatsachen entsprach, war doch die Urabstimmung in Wahrheit vom Gewerkschaftssekretär Melkes gefordert worden. Diese wiederum habe sich dann, so Schlesinger, „unter dem maßlosesten Terror der Kommunisten“ vollzogen. Gleichermaßen musste Schlesinger eingestehen, dass eine „revolutionäre Streikleitung“ die Führung des Streiks an sich gerissen habe. Die *Freie Gewerkschaft* hätte es darauf als „ihre Pflicht“ erkannt, „den Streikenden beizustehen, um eine Niederlage zu verhindern“.<sup>200</sup>

Entgegen der sozialdemokratischen Prognose, dass die Kommunisten infolge der Streikniederlage abgewirtschaftet und einen „geradezu katastrophalen Durchfall [...] erlebt“ hätten,<sup>201</sup> vermeldete die *Rote Fahne* sowohl im Streikverlauf als auch nach Ende des Streiks einen organisatorischen Aufschwung von KPÖ und RGO: Im Dezember 1932 seien 18 Arbeiter der Grünbacher KPÖ beigetreten, die RGO habe 27 neue Mitglieder gewonnen.<sup>202</sup> Nach Abschluss des Streiks habe sich der Mitgliederstand der Partei um weitere 22, jener der RGO-Gruppe um 35 Arbeiter erhöht.<sup>203</sup> Im Zentralorgan wurde ein offener Brief von drei sozialdemokratischen Arbeitern veröffentlicht, die demonstrativ ihren Übertritt zur KPÖ erklärten.<sup>204</sup> Bei der Betriebsratswahl am 11. März 1933 ging

die Stimmzahl der RGO zwar von 342 auf 260 zurück, dies hatte jedoch vor allem mit der Entlassung von 100 revolutionären Arbeitern nach Streikende und deren Ersetzung durch Heimwehler und Nazis zu tun. Die Zahl der Betriebsratsmandate für die RGO sank von fünf auf vier. Jedoch ging auch die Stimmzahl der freigewerkschaftlichen Liste von 543 auf 524 zurück (acht Mandate wie zuvor), die Nationalsozialisten konnten sich von 66 auf 138 Stimmen und damit von einem auf zwei Mandate steigern.<sup>205</sup> Wenige Monate später, am 26. Mai 1933, wurde die KPÖ vom Ministerrat verboten und in die Illegalität gedrängt. Nach Aufrichtung der faschistischen Diktatur und der vollständigen Ausschaltung der ArbeiterInnenbewegung wurde der Grünbacher Betriebsrat im Jahr 1934 nicht mehr frei gewählt, sondern von der staatlich gelenkten Kammer für Arbeiter und Angestellte ernannt.<sup>206</sup>

Die KPÖ blieb zwar in den Jahren der Weltwirtschaftskrise eine kleine Partei, dort wo sich Protest gegen Lohnsenkungen und den Abbau von Sozialleistungen regte, war dieser jedoch maßgeblich von KommunistInnen beeinflusst. Auch beim großen Streik der Grünbacher Bergarbeiter zum Jahreswechsel 1932/33 spielten KPÖ und RGO eine führende Rolle. Dies mag auch der Hauptgrund dafür sein, dass der Grünbacher Streikbewegung in der Zweiten Republik nur in der kommunistischen Erinnerungspolitik und Gedenkkultur jene Bedeutung beigemessen wurde, die ihrem Platz in der Geschichte der österreichischen ArbeiterInnenbewegung gerecht wird: Als kämpferische Tradition einer politisierten ArbeiterInnenschaft, die die Kapitaloffensive und die politischen Angriffe der Reaktion nicht widerspruchslos hinnahm.

#### Anmerkungen:

1/ Wendung der Partei, in: *Die Rote Fahne* (i.d.F. *RF*), 18.1.1931, S. 5.

2/ Was ist Grünbach, in: *Der Rote Kumpel*. Betriebszellenorgan Grünbach der K.P.Oe., Nr. 2, 1925, S. 5.

3/ Vgl. Stadler, Gerhard A.: Das industrielle Erbe Niederösterreichs. Geschichte – Technik – Architektur. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2006, S. 275.

4/ Niederösterreichisches Landesarchiv (i.d.F. NÖLA), Amt der n.ö. Landesregierung (ANÖLR), Präsidium, RegZ XII/171b, Zl. 405/2–1925, Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen an das Präsidium der n.ö. Landesregierung, Betr.: Grünbacher Steinkohlenwerke, Misshandlung des Direktors Ing. Robert Ott durch die Arbeiterschaft, 17.1.1925. An dieser

- Stelle sei Dr. Stefan Eminger (*Niederösterreichisches Landesarchiv*) für seine Hilfe gedankt.
- 5/ Der Belagerungszustand in Grünbach. Größte Kampfentschlossenheit der Arbeiterschaft, in: *RF*, 20.1.1925, S. 2.
- 6/ Neuerliche Verhaftungen in Grünbach, in: *Arbeiter-Zeitung* (i.d.F. A.-Z.), 26.1.1925, S. 2; Vor der Entscheidung in Grünbach, in: *RF*, 27.1.1925, S. 1.
- 7/ Niederlage des Reformismus in Grünbach. Die Bonzen erzwingen das Kompromiß, in: *RF*, 29.1.1925, S. 1; Freitag Betriebsaufnahme in Grünbach, in: *A.-Z.*, 29.1.1925, S. 2.
- 8/ Der Unternehmersfaschismus von Grünbach – ein Angriff auf das Gesamtproletariat!, in: *RF*, 30.1.1925, S. 1.
- 9/ Neuwahl der Betriebsräte im Grünbacher Steinkohlenwerk, in: *RF*, 2.11.1928, S. 5; Die Grünbacher Betriebsratswahlen, in: *RF*, 29.7.1930, S. 3.
- 10/ Gemeinderatswahl, in: *Werks-Zeitung der Grünbacher-Steinkohlewerke A.G.*, 1. Jg., Nr. 6, Dezember 1929, S. 94–95, hier S. 94.
- 11/ Rossijskij gosudarstvenyj archiv social'no-policeskoj istorii [Russisches Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte, Moskau] (i.d.F. RGASPI) 495/80/246/37–39, [Hans] Volkmann: Mitgliederbestand der K.P.Oe. in der Provinz ohne Wien, o.D. [Eingangsstempel 29.11.1929], hier Bl. 37. Kopie im Zentralen Parteiarchiv (i.d.F. ZPA) der KPÖ.
- 12/ RGO. erobert in Grünbach drei neue Betriebsratsmandate, in: *RF*, 28.7.1931, S. 7.
- 13/ Lehren der Betriebsratswahl in Grünbach, in: *RF*, 23.8.1932, S. 5.
- 14/ Solidarität mit Grünbach, in: *RF*, 1.12.1932, S. 1–2, hier S. 1; Ein Tag bei den Streikenden in Grünbach, in: *RF*, 4.12.1932, S. 7; Streik in der Krise. Die Lehren des Grünbacher Streiks. Wien [Verlag der RGO] o.J. [1933], S. 4f.
- 15/ Grünbachs Bergarbeiter im Streik, in: *Streik-Nachrichten*, hg. von der rev. Streikleitung d. Grünbacher Bergarb., Nr. 1 [Dezember 1932], S. 1–7, hier S. 1.
- 16/ Kreiner, Hans: Der Grünbacher Steinkohlenbergbau und seine Zeit 1823–1965. Grünbach: Eigenverlag 1994<sup>2</sup>, S. 303.
- 17/ Streik in der Hölle von Grünbach, in: *Neunkirchner Bezirksbote*, 2.12.1932, S. 4–5, hier S. 4; Nicht nur Todesbergwerk, sondern auch Schindergrube, in: *RF*, 13.12.1932, S. 3.
- 18/ Grünbacher Bergarbeiter ergreifen die Offensive, in: *RF*, 17.10.1932, S. 5.
- 19/ Neues Unglück in Grünbach. Ein Arbeiter zwei Stunden im Bergwerk verschüttet, in: *RF*, 9.11.1932, S. 3.
- 20/ Wieder schwerer Unglücksfall im Grünbacher Bergwerk, in: *RF*, 11.11.1932, S. 7.
- 21/ Der Streik der Bergarbeiter in Grünbach, in: *Österreichischer Metall- und Bergarbeiter*, 17.12.1932, S. 6.
- 22/ Streik in der Hölle von Grünbach (wie Anm. 17), S. 4.
- 23/ Ausdehnung des Lohnkampfes im Bergbau, in: *RF*, 26.11.1932, S. 3.
- 24/ Abermals ein gräßlicher Unfall im Grünbacher Bergwerk, in: *RF*, 26.11.1932, S. 2.
- 25/ Ultimatum der Grünbacher Bergarbeiter, in: *RF*, 26.11.1932, S. 1.
- 26/ Das Todesbergwerk, in: *RF*, 27.11.1932, S. 1–2, hier S. 1.
- 27/ Heute Streikabstimmung in Grünbach, in: *RF*, 29.11.1932, S. 1–2, hier S. 1.
- 28/ Bergarbeiter eröffnen den Kampf um die Lohnerhöhung, in: *RF*, 24.11.1932, S. 3.
- 29/ Ultimatum der Grünbacher Bergarbeiter (wie Anm. 25).
- 30/ NÖLA, ANÖLR, Präsidium, RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II, Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (L.R.R. Hentl) am 28.11.1932.
- 31/ Streik in der Hölle von Grünbach (wie Anm. 17), S. 4.
- 32/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Flugblatt der Betriebsgruppe der Revolutionären Gewerkschaftsopposition „Grünbacher Bergarbeiter!“, Zl. 250–21/1932 v. 3.12.1932.
- 33/ Zit. nach: Der Betriebsratsobmann fälscht die Geschichte des Streiks, in: *RF*, 13.12.1932, S. 4; Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 6f.
- 34/ Geschlossene Streikfront in Grünbach. Die Arbeit restlos niedergelegt – Die übrigen Revierere müssen folgen, in: *RF*, 1.12.1932, S. 1.
- 35/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, [Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II], Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (L.R.R. Hentl) am 2.12.1932, S. 2f.
- 36/ G.Z. [Guido Zamis]: Zwei Wochen Streik im österreichischen Steinkohlenrevier, in: *Internationale Presse-Korrespondenz*, 12. Jg., Nr. 104, 13.12.1932, S. 3320.
- 37/ Dumreicher, Hans Frh. v.: 100 Jahre Haus Schoeller. Aus Vergangenheit und Gegenwart. Wien: Eigenverlag von Schoeller & Co. 1933, S. 48.
- 38/ Der große Streik im Todesbergwerk, in: *RF*, 4.12.1932, S. 1–2, hier S. 1.
- 39/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, [Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II], Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 3.12.1932, S. 1.
- 40/ Verschärfung in Grünbach, in: *RF*, 2.12.1932, S. 1–2, hier S. 1.
- 41/ Elian, Claudia: Zur Geschichte des Braunkohlenbergwerks Zillingdorf. Diplomarbeit Universität Wien 2003, S. 63–70.
- 42/ Zillingdorfer Arbeitslose solidarisch, in: *RF*, 4.12.1932, S. 1.
- 43/ Der 7. Tag des Streiks in Grünbach. Schändliches Zusammenarbeiten der Direktion mit den Bürokraten, in: *RF*, 7.12.1932, S. 2; Kein Streikbrecher in Grünbach!, in: *A.-Z.*, 8.12.1932, S. 3.
- 44/ Ein Tag bei den Streikenden in Grünbach (wie Anm. 14).
- 45/ Grünbacher Werkdirektion holt Streikbrecher heran, in: *RF*, 15.12.1932, S. 3.
- 46/ Streikbruch erfolgreich abgewehrt, in: *RF*, 16.12.1932, S. 1.
- 47/ Ein Tag bei den Streikenden in Grünbach (wie Anm. 14).
- 48/ Massenstreikposten in Aktion. Kein Platz in Grünbach für Streikbrecher, in: *RF*, 20.12.1932, S. 3.
- 49/ Helft den Streikenden in Grünbach, in: *Illustrierte Rote Woche* (i.d.F. IRW), 25.12.1932, S. 2.
- 50/ Massenstreikposten in Aktion (wie Anm. 48).
- 51/ Neuerlich erfolgreiche Abwehr des Streikbruchs, in: *RF*, 25.12.1932, S. 3.
- 52/ Streikversammlung in Grünbach verboten, in: *RF*, 31.12.1932, S. 3.
- 53/ Weber-Felber, Ulrike: Wege aus der Krise: Freie Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik der Ersten Republik. Wien, Zürich: Europaverlag 1990 (Materialien zur Arbeiterbewegung, Bd. 56), S. 130 und 217f.
- 54/ Tomandl, Theodor: Streik und Aussperrung als Mittel des Arbeitskampfes. Wien, New York: Springer-Verlag 1965 (Arbeits- und sozialrechtliche Schriftenreihe, Bd. 1), S. 34f.
- 55/ RGASPI 495/80/244/38–39, [Rundschreiben des ZK der KPÖ], o.D. [Ende 1929], hier Bl. 38. Kopie im ZPA der KPÖ.
- 56/ Honner, F. [Franz]: Einige organisatorische Lehren des Grünbacher Streikkampfes, in: *Organisatorische Nachrichten*, Nr. 1–2, März/April 1933, S. 6–9, hier S. 6f.; Die Lehren von Grünbach. Die Kumpels zurückgeschlagen, aber nicht besiegt, in: *RF*, 25.1.1933, S. 5–6, hier S. 5.
- 57/ Wieder schwerer Unglücksfall im Grünbacher Bergwerk (wie Anm. 20).
- 58/ Bergarbeiter eröffnen den Kampf um die Lohnerhöhung (wie Anm. 28).
- 59/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 6.
- 60/ Grünbach streikt. Die Sabotage der Gewerkschaftsbürokraten mißglückt – Die Arbeiter folgen dem Kampfruf der RGO., in: *RF*, 30.11.1932, S. 1–2, hier S. 1.
- 61/ Vor der Entscheidung im Harter Gebiet. Die Solidaritätsbewegung mit dem Grünbacher Streik, in: *RF*, 3.12.1932, S. 1.
- 62/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 7.
- 63/ Ebd., S. 8.
- 64/ Geschlossene Streikfront in Grünbach (wie Anm. 34).
- 65/ Vor der Entscheidung im Harter Gebiet (wie Anm. 61). Davon abweichend sprach eine nach Streikende erschienene RGO-Broschüre von 400 Arbeitern, die eine „einheitliche revolutionäre Streikleitung“ aus 50 Arbeitern wählten (Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 8).
- 66/ Gute Kampf Stimmung in Grünbach. Eine glänzende Versammlung, in: *RF*, 3.12.1932, S. 2.
- 67/ Ein Tag bei den Streikenden in Grünbach (wie Anm. 14).
- 68/ Grünbachs Bergarbeiter im Streik (wie Anm. 15), S. 5.
- 69/ Verschärfung in Grünbach (wie Anm. 40), S. 1.

- 70/ Vor der Entscheidung im Harter Gebiet (wie Anm. 61).
- 71/ Die Lehren von Grünbach (wie Anm. 56), S. 5.
- 72/ Der Betriebsratsobmann fälscht die Geschichte des Streiks (wie Anm. 33).
- 73/ Grünbachs Bergarbeiter im Streik (wie Anm. 15), S. 4.
- 74/ Durch Verrat geschlagen, in: *RF*, 8.1.1933, S. 1–2, hier S. 1.
- 75/ Jetzt hinein in die Organisation! Der Grünbacher Bergarbeiterstreik beendet, in: *A.-Z.*, 7.1.1933, S. 1–2, hier S. 2.
- 76/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ IV/219, Zl. 821/1933, Situationsberichte der Bezirkshauptmannschaften, Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen an die nö. Landesamtsdirektion, Zl. I–5/16 v. 4.1.1933, S. 1.
- 77/ Die Lehren von Grünbach (wie Anm. 56), S. 5; Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 8f.
- 78/ Grünbachs Bergarbeiter im Streik (wie Anm. 15), S. 5f.
- 79/ Ein Tag bei den Streikenden in Grünbach (wie Anm. 14).
- 80/ Der große Streik im Todesbergwerk (wie Anm. 38), S. 1.
- 81/ RGO. im Vormarsch, in: *RF*, 6.10.1931, S. 5.
- 82/ Eine Woche Streik in Grünbach, in: *RF*, 6.12.1932, S. 1; Der 7. Tag des Streiks in Grünbach (wie Anm. 43).
- 83/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II, Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 5.12.1932.
- 84/ Ebd., Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 6.12.1932.
- 85/ Ebd., Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 7.12.1932, S. 1f.
- 86/ Die Streikenden fest – die Direktion versucht zu verhandeln, in: *RF*, 10.12.1932, S. 3.
- 87/ Kein Streikbrecher in Grünbach! (wie Anm. 43).
- 88/ Gschweidl, Rudolf: Warum streiken die Grünbacher Kumpels, in: *A.-Z.*, 11.12.1932, S. 11.
- 89/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ IV/219, Zl. 821/1933, Situationsberichte der Bezirkshauptmannschaften, Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen an die nö. Landesamtsdirektion, Zl. I–284/15 v. 5.12.1932, Wirtschaftliche und politische Lage im Bezirk Neunkirchen.
- 90/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Niederösterreichische Landesamtsdirektion an das Bundeskanzleramt, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Zl. 250–20/1932 v. 1.12.1932, Harter Kohlenwerke, Streikpropaganda, S. 2.
- 91/ Gschweidl: Warum streiken die Grünbacher Kumpels (wie Anm. 88).
- 92/ G.Z.: Zwei Wochen Streik (wie Anm. 36).
- 93/ Der Streik in Grünbach, in: *Österreichischer Metall- und Bergarbeiter*, 21.1.1933, S. 6.
- 94/ Oesterreichische Arbeiterhilfe auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1867 aufgelöst, in: *Internationale Presse-Korrespondenz*, 12. Jg., Nr. 53, 28.6.1932, S. 1675.
- 95/ ZPA der KPÖ, Flugblatt des Zentralkomitees des Bundes proletarischer Solidarität „Brüder! Genossen!“, o.D. [Dezember 1932].
- 96/ Solidarität für Grünbach, in: *RF*, 8.12.1932, S. 1.
- 97/ Solidarität mit den streikenden Grünbacher Kumpels, in: *RF*, 11.12.1932, S. 3.
- 98/ Grünbacher Aktion des Bundes für proletarische Solidarität, in: *RF*, 1.12.1932, S. 2.
- 99/ Kinder der Streikenden nach Wien! Bildet überall Solidaritätsausschüsse, in: *RF*, 8.12.1932, S. 3.
- 100/ Solidarität mit den Grünbacher Kumpels, in: *RF*, 6.12.1932, S. 3.
- 101/ Solidarität mit Grünbach, in: *IRW*, 18.12.1932, S. 3.
- 102/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 11.
- 103/ Verdoppeln! Sorgt für eine zweite Solidaritätsküchel, in: *RF*, 20.12.1932, S. 3; Heute fährt das Solidaritätsauto, in: *RF*, 24.12.1932, S. 3.
- 104/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ IV/219, Zl. 281/1933, Flugblatt der KPÖ „An die bäuerliche und gewerbetreibende Bevölkerung des Bezirkes Neunkirchen!“; Solidarität für Grünbach (wie Anm. 96); Solidarität bis zum Sieg, in: *IRW*, 31.12.1932, S. 5.
- 105/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 12.
- 106/ Nicht nur Todesbergwerk, sondern auch Schindergrube (wie Anm. 17). Laut Beschluss des Gemeinderates sollte die Ausspeisung erst ab dem dritten Kind beginnen, d.h. für eine Familie mit drei Kindern wurde für ein Kind eine Mahlzeit abgegeben (Streik in Grünbach, in: *Neunkirchner Bezirksbote*, 16.12.1932, S. 4–5, hier S. 4).
- 107/ An die Solidaritätsfront für die Grünbacher Kumpels, in: *RF*, 13.12.1932, S. 4.
- 108/ Verstärkte Solidarität für Grünbach bis zur ersten Lohnauszahlung, in: *RF*, 10.1.1933, S. 2.
- 109/ Ein großes Fest der Solidarität in Wien, in: *RF*, 16.12.1932, S. 3; Glänzender Erfolg des Solidaritätsfestes, in: *RF*, 27.12.1932, S. 4.
- 110/ Eine Weihnachtsgabe für die Grünbacher Bergarbeiterkinder!, in: *A.-Z.*, 18.12.1932, S. 1.
- 111/ Die „A.-Z.“, das Organ der Streikbruchbonzen, in: *RF*, 12.1.1933, S. 5.
- 112/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 11f.
- 113/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II, Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (L.R.R. Hentl) am 19.12.1932, S. 1.
- 114/ Streikversammlung in Grünbach verboten, in: *RF*, 31.12.1932, S. 3.
- 115/ Morgen kommt die Grünbacher Delegation nach Wien, in: *RF*, 30.12.1932, S. 1.
- 116/ Solidarität, nicht Päckerei für die Grünbacher Kumpels, in: *IRW*, 7.1.1933, S. 2.
- 117/ Grünbacher Kumpels in Wien, in: *RF*, 1.1.1933, S. 1–2, hier S. 1.
- 118/ Grünbach streikt (wie Anm. 60), S. 1.
- 119/ ZPA der KPÖ, Flugblatt des Zentralkomitees des Bundes proletarischer Solidarität „Brüder! Genossen!“, o.D. [Dezember 1932].
- 120/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Flugblatt der KPÖ Bezirksorganisation Neunkirchen und der RGO-Gebietsleitung Neunkirchen „Streik in Grünbach! An die Betriebsarbeiter und Arbeitslosen des Bezirkes Neunkirchen“.
- 121/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 10.
- 122/ Betriebsratswahl in Fohnsdorf. RGO. gewinnt zwei Mandate, in: *RF*, 8.7.1932, S. 1.
- 123/ Ausdehnung des Lohnkampfes im Bergbau (wie Anm. 23).
- 124/ RGO.-Sieg im Harter Kohlenwerk, in: *Der Prolet*, Nr. 3/4, Mitte Juni 1931, S. 2.
- 125/ Bergarbeiter eröffnen den Kampf um die Lohnerhöhung (wie Anm. 28).
- 126/ Vor der Entscheidung im Harter Gebiet (wie Anm. 61).
- 127/ Alpine lehnt Ultimatum der Harter Kumpels ab, in: *RF*, 4.12.1932, S. 1; NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, [Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II], Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 2.12.1932, S. 1.
- 128/ Nazi- und UG-Bonzen drohen mit Streikbruch, in: *RF*, 9.12.1932, S. 3.
- 129/ G.Z.: Zwei Wochen Streik (wie Anm. 36); Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 12.
- 130/ Zwei Wochen Streik!, in: *Streik-Nachrichten*, hg. von d. rev. Streikleitung d. Grünbacher Bergarbeiter, Nr. 2 [Dezember 1932], S. 1–4, hier S. 1.
- 131/ Massenstreikposten in Aktion (wie Anm. 48).
- 132/ Grünbachs Bergarbeiter im Streik (wie Anm. 15), S. 3.
- 133/ Der 7. Tag des Streiks in Grünbach (wie Anm. 43).
- 134/ Die Streikenden fest – die Direktion versucht zu verhandeln (wie Anm. 86).
- 135/ Nicht nur Todesbergwerk, sondern auch Schindergrube (wie Anm. 17).
- 136/ Verschärfung in Grünbach. Massenwiderstand vereitelt Streikbruch, in: *RF*, 16.12.1932, S. 1.
- 137/ Zwei Wochen Streik (wie Anm. 130), S. 4.
- 138/ Grünbacher Werkdirektion holt Streikbrecher heran, in: *RF*, 15.12.1932, S. 3.
- 139/ Der Streik der Bergarbeiter in Grünbach (wie Anm. 21), S. 6.
- 140/ Die Verschärfung der Lage in Grünbach, in: *RF*, 17.12.1932, S. 1–2, hier S. 2.
- 141/ Verschärfung in Grünbach (wie Anm. 136).
- 142/ Demonstration in Grünbach, in: *RF*, 17.12.1932, S. 3.
- 143/ Vom Grünbacher Streik. Kumpels werden demonstrieren, in: *RF*, 18.12.1932, S. 1.
- 144/ Neuerliche Demonstration der Grünbacher Kumpels, in: *RF*, 21.12.1932, S. 3.
- 145/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, [Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II], Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (L.R.R. Hentl) am 20.12.1932, S. 3.
- 146/ Streik in Grünbach. Kommunistische Lügenberichterstattung, in: *Neunkirchner*

- Bezirksbote*, 30.12.1932, S. 5.
- 147/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II, Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Oberkommisär Siretean) am 21.12.1932, S. 1.
- 148/ Gendarmerie attackiert in Grünbach. Von den Führern der SP. gerufen!, in: *RF*, 22.12.1932, S. 1; Die Gendarmerieattacke in Grünbach, in: *RF*, 23.12.1932, S. 3.
- 149/ Eine verbotene Kommunistendemonstration in Grünbach, in: *A.-Z.*, 22.12.1932, S. 6.
- 150/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Flugblatt „Verrat! Schande! / Einheitsfront der sozialdemokratischen Führer mit der Gendarmerie in Grünbach“, Zl. 251–27/1932 v. 30.12.1932.
- 151/ Zit. nach: Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 14.
- 152/ Streik in Grünbach (wie Anm. 146).
- 153/ Alles für den Sieg in Grünbach!, in: *RF*, 31.12.1932, S. 1.
- 154/ Schlesinger, Paul: Wer hat verraten? Ein Schlußwort zum Streik in Grünbach, in: *Österreichischer Metall- und Bergarbeiter*, 18.2.1933, S. 1–2, hier S. 1.
- 155/ Ein erster Schritt zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks in Grünbach, in: *A.-Z.*, 3.1.1933, S. 1; Ein erster Schritt zur Beilegung des Grünbacher Bergarbeiterstreiks, in: *Neunkirchner Bezirksbote*, 6.1.1933, S. 4.
- 156/ Die Gewerkschaftsführer wollen den Grünbacher Streik abwürgen, in: *RF*, 3.1.1933, S. 1.
- 157/ Der geplante Verrat in Grünbach, in: *RF*, 4.1.1933, S. 1.
- 158/ Die Verhandlungen in Grünbach, in: *A.-Z.*, 5.1.1933, S. 1.
- 159/ Bonzen und Unternehmer einig. Vereinbarung von Gewerkschaftsführern und Direktion zur Abwürgung des Grünbacher Streiks. Arbeiter, durchkreuzt den Verrat, in: *RF*, 5.1.1933, S. 3.
- 160/ Der Grünbacher Streik vor dem Abschluß, in: *A.-Z.*, 6.1.1933, S. 1.
- 161/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII, Zl. 231/1933, [Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II], Telefonat mit der Fa. Schoeller-Bleckmann A.G. (Verw.Rat Philipp Schoeller) am 4.1.1933.
- 162/ Verhaftung revolutionärer Streikführer, in: *RF*, 6.1.1933, S. 1; Heraus mit dem verhafteten Genossen Kerschel, in: *RF*, 18.1.1933, S. 4.
- 163/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII, Zl. 231/1933, Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II, Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 5.1.1933.
- 164/ Ebd., Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 6.1.1933.
- 165/ Der Grünbacher Streik vor dem Abschluß (wie Anm. 160).
- 166/ Schandpakt der Bonzen in Grünbach, in: *RF*, 6.1.1933, S. 1.
- 167/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ IV/219, Zl. 821/1933, Situationsberichte der Bezirkshauptmannschaften, Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen an die nö. Landesamtsdirektion, Zl. I–5/16 v. 4.1.1933, S. 2.
- 168/ Schlesinger: Wer hat verraten? (wie Anm. 154), S. 2.
- 169/ Bonzen und Unternehmer einig (wie Anm. 159).
- 170/ Schandpakt der Bonzen in Grünbach (wie Anm. 166); Offener Streikbruch der Gewerkschaftsführer in Grünbach, in: *RF*, 7.1.1933, S. 1.
- 171/ Offener Streikbruch der Gewerkschaftsführer in Grünbach (wie Anm. 170).
- 172/ Der Grünbacher Streik beendet, in: *A.-Z.*, 7.1.1933, S. 1.
- 173/ Das Ende des Grünbacher Streiks, in: *Neunkirchner Bezirksbote*, 13.1.1933, S. 6–7, hier S. 7.
- 174/ Offener Streikbruch der Gewerkschaftsführer in Grünbach (wie Anm. 170).
- 175/ Der Grünbacher Streik beendet (wie Anm. 172).
- 176/ Schlesinger: Wer hat verraten? (wie Anm. 154), S. 2.
- 177/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII, Zl. 231/1933, Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II, Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 6.1.1933.
- 178/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 18.
- 179/ Der Heldenkampf im Todesbergwerk abgewürgt, in: *RF*, 8.1.1933, S. 1.
- 180/ Ebd.; Eine höhere Stufe des Verrats. Von der Streikabwürgung zum Streikbruch, in: *RF*, 13.1.1933, S. 1–2.
- 181/ Die Lehren von Grünbach (wie Anm. 56), S. 5; Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 20.
- 182/ Grünbach streikt (wie Anm. 60), S. 1.
- 183/ Solidarität mit Grünbach (wie Anm. 14), S. 2.
- 184/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 3.
- 185/ Verrat nach sechs Wochen Kampf. Das „Todesbergwerk“ bleibt Todesbergwerk, in: *IRW*, 14.1.1933, S. 2; Ist der Kampf in der Krise möglich?, in: *RF*, 17.1.1933, S. 1–2, hier S. 2.
- 186/ Der Streik in Grünbach (wie Anm. 93).
- 187/ Gewerkschaften und Lohnbewegung, in: *Der oesterreichische Volkswirt*, 25. Jg., Nr. 16, 14.1.1933, S. 354–355, hier S. 354.
- 188/ Grünbacher Werksdirektion nimmt Maßnahmen vor, in: *RF*, 11.1.1933, S. 4.
- 189/ RGO.-Betriebsräte gemaßregelt, in: *RF*, 12.1.1933, S. 1.
- 190/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII, Zl. 231/1933, [Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II], Telefonat mit der Fa. Schoeller-Bleckmann A.G. (Verw.Rat Philipp Schoeller) am 4.1.1933.
- 191/ Die Entlassung der RGO.-Betriebsräte in Grünbach war vereinbart, in: *RF*, 17.1.1933, S. 3.
- 192/ Solidarität mit den gemaßregelten Kumpels von Grünbach!, in: *RF*, 17.1.1933, S. 3.
- 193/ Großmann, Oskar: Einige Fragen der Massenarbeit der KP. Oesterreichs, in: *Internationale Presse-Korrespondenz*, 12. Jg., Nr. 105, 16.12.1932, S. 3383–3384, hier S. 3384.
- 194/ Honner: Einige organisatorische Lehren (wie Anm. 56), S. 7.
- 195/ Die Lehren von Grünbach. Die Kumpels zurückgeschlagen, aber nicht besiegt, in: *RF*, 21.1.1933, S. 3–4, hier S. 4.
- 196/ Kampf um die Gewerkschaftsfunktionen, in: *RF*, 30.12.1932, S. 7.
- 197/ Jetzt hinein in die Organisation (wie Anm. 75), S. 2; Der Grünbacher Streik beendet, in: *Neunkirchner Bezirksbote*, 13.1.1933, S. 4.
- 198/ Schlesinger: Wer hat verraten? (wie Anm. 154), S. 2.
- 199/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 21.
- 200/ Schlesinger: Wer hat verraten? (wie Anm. 154), S. 1.
- 201/ Das Ende des Grünbacher Streiks (wie Anm. 173), S. 6.
- 202/ Die Werbeoffensive des Kommunismus, in: *RF*, 22.12.1932, S. 1.
- 203/ Sechzig Kumpels in Grünbach in zwei Wochen der Partei und RGO. beigetreten, in: *RF*, 19.2.1933, S. 5.
- 204/ Abrechnung mit den Streikbrecherorganisationen! „Man hat uns auf das schändlichste verraten!“, in: *RF*, 22.1.1933, S. 3.
- 205/ Die Betriebsratswahlen in Grünbach, in: *RF*, 12.3.1933, S. 4.
- 206/ Betriebsrat der Arbeiter, in: *Werks-Zeitung der Grünbacher Steinkohlenwerke A.G.*, 6. Jg., Nr. 7, Juli 1934, S. 48.

## Neuerscheinung

Manfred Mugrauer (Hg.):

**90 Jahre KPÖ**

**Studien zur Geschichte der  
Kommunistischen  
Partei Österreichs**

Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 12), 348 S., 15,- Euro  
ISBN 978–3–9501986–8–3

Mit Beiträgen von Alexander Dinböck, Winfried R. Garscha, Heimo Halbrainer, Hans Hautmann, Ernest Kaltenegger, Christine Kanzler, Martin Krenn, Simon Loidl, Manfred Mugrauer, Gerhard Oberkofler, Franz Stephan Parteder und Irma Schwager



**Bestellmöglichkeit:**

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT  
klahr.gesellschaft@aon.at